



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement

Kurzprotokoll der 25. Sitzung

Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement

Berlin, den 3. November 2020, 12:00 Uhr

Paul-Löbe-Haus, 2.600

Vorsitz: Alexander Hoffmann, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 – nicht öffentlich Seite 6

Effizienz der Ausschussarbeit - Beschlussfassung

Tagesordnungspunkt 2 - öffentlich Seite 6

Fachgespräch "Engagement in der Pflege"

Tagesordnungspunkt 3 - öffentlich Seite 24

Verschiedenes



Mitgliederliste	Seite 3
Sprechregister Abgeordnete	Seite 4
Sprechregister Sachverständige	Seite 5
Zusammenstellung der Stellungnahmen	Seite 25



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Hoffmann, Alexander	Breher, Silvia
	Kuffer, Michael	Gienger, Eberhard
	Pahlmann, Ingrid	Landgraf, Katharina
	Patzelt, Martin	Launert, Dr. Silke
SPD	Strenz, Karin	Steiniger, Johannes
	Bahr, Ulrike	Esdar, Dr. Wiebke
	Diaby, Dr. Karamba	Kaiser, Elisabeth
AfD	Stadler, Svenja	Nissen, Ulli
	Höchst, Nicole	Harder-Kühnel, Mariana Iris
FDP	Reichardt, Martin	Huber, Johannes
	Aggelidis, Grigorios	Bauer, Nicole
DIE LINKE.	Werner, Katrin	Freihold Brigitte
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Christmann, Dr. Anna	Schulz-Asche, Kordula



Sprechregister Abgeordnete	Seite
Abg. Ingrid Pahlmann (CDU/CSU)	13, 22
Abg. Martin Patzelt (CDU/CSU)	13, 23
Abg. Dr. Karamba Diaby (SPD)	12
Abg. Grigorios Aggelidis (FDP)	14
Abg. Katrin Werner (DIE LINKE.)	14, 22
Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13



Sprechregister Anhörpersonen / Sachverständige	Seite
Ursula Helms Vorstandsmitglied wir pflegen e. V., Leiterin der Nationalen Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS)	7, 19, 23
Christiane Hinze stellv. Vorsitzende des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) Isernhagen	8, 17, 23
Dr. Julia Simonson Leiterin Forschung und stellvertretende Institutsleiterin am Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA)	9, 16
Kyra Springer Initiative aktiv55plus	10, 15, 23
Käte Roos Bundesvorsitzende der Evangelischen Kranken- und Alten-Hilfe e.V. (eKH), Grüne Damen und Herren	6, 21



Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der **Vorsitzende** erklärt, die heutige Sitzung findet als Hybrid-Sitzung statt. Er sei bisher der einzige Abgeordnete, der sich physisch im Sitzungssaal aufhält, alle weiteren teilnehmenden Ausschussmitglieder seien über Webex zugeschaltet. Nachdem verifiziert wurde, dass sich ausschließlich Abgeordnete bzw. Mitarbeiter/innen in der Video- bzw. Telefonkonferenz befinden, begrüßt er alle Teilnehmenden zur 25. Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement.“

Der **Vorsitzende** stellt anschließend das Einvernehmen mit der Tagesordnung fest und tritt in diese ein.

Tagesordnungspunkt 1 – nicht öffentlich

Effizienz der Ausschussarbeit – Beschlussfassung

- ausschussinterne Beratung -

Tagesordnungspunkt 2

Fachgespräch "Engagement in der Pflege"

Der **Vorsitzende** begrüßt die Sachverständigen herzlich im Unterausschuss und weist darauf hin, dass die ordentlichen Mitglieder des Ausschusses über WebEx-Meeting zugeschaltet seien. Anschließend heißt er den Parlamentarischen Staatssekretär **Stefan Zierke** (BMFSFJ) in der Runde herzlich willkommen und dankt ihm, dass er sich die Zeit für dieses wichtige Thema nehme.

Anschließend stellt er die geladenen Expertinnen noch einmal einzeln vor. Im Sitzungssaal anwesend ist:

Käte Roos, Bundesvorsitzende der Evangelischen Kranken- und Alten-Hilfe e.V. (eKH), Grüne Damen und Herren.

Per Videokonferenz über WebEx nehmen teil:

Ursula Helms, Vorstandsmitglied von „wir pflegen e.V., Leiterin der nationalen Kontakt- und

Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS),

Christiane Hinze, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) Isernhagen,

Dr. Julia Simonson, Leiterin Forschung und stellvertretende Institutsleiterin am Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA) sowie

Kyra Springer, Initiative aktiv55plus.

Der **Vorsitzende** gibt bekannt, dass ihm mitgeteilt worden sei, dass sich alle Abgeordneten der AfD-Fraktion für die heutige Sitzung entschuldigen müssten.

Weiterhin weist er darauf hin, dass die Abgeordneten der SPD-Fraktion bereits gegen 13:30 Uhr die Sitzung verlassen müssten, da ihre Fraktionssitzung dann beginne.

Der **Vorsitzende** gibt bekannt, dass die Sitzung zum Zwecke der Erstellung eines Protokolls aufgezeichnet und das Protokoll im Internet veröffentlicht werde. Er bittet sowohl die Ausschussmitglieder als auch die Sachverständigen, für die Wortmeldungen die Mikrofone zu benutzen und anschließend wieder auszuschalten, um Nebengeräusche zu vermeiden.

Zum Ablauf legt er dar, dass den Sachverständigen nun jeweils fünf Minuten für ein kurzes Eingangsstatement zur Verfügung stünden, in dem sie zunächst das ihnen Wichtige vortragen könnten. Danach gebe es Gelegenheit, für die Fraktionen ihre Fragen zu stellen, die zunächst gesammelt würden, bevor wiederum anschließend die Sachverständigen die Möglichkeit zur Beantwortung bekämen.

Er bittet sodann Käte Roos um ihr Eingangsstatement.

Käte Roos (eKH) dankt den Ausschussmitgliedern zunächst für die Einladung zum heutigen Fachgespräch „Engagement in der Pflege“, für sie mit dem Schwerpunkt „Bürgerschaftliches Engagement“ und dies im Rahmen auch des Lockdowns der COVID-19-Pandemie.

Wie die Abgeordneten wissen, vertrete die eKH



die ehrenamtlichen Besuchsdienste der Grünen Damen und Herren in den Krankenhäusern und Altenpflegeeinrichtungen bundesweit seit 50 Jahren mit derzeit 8 000 Mitarbeitenden in 530 Einrichtungen. Angesichts der sozialen Isolation von alten und kranken Menschen in den Einrichtungen während der Corona-Pandemie, plädierten sie als evangelische Kranken- und Alten-Hilfe für einen Sonderstatus im Rahmen der ehrenamtlich tätigen Grünen Damen und Herren. Ein generelles Besuchsverbot in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen zur Eindämmung der Pandemie sollte nicht für die professionell Ehrenamtlichen gelten. Man erwarte Regelungen, dass die Grünen Damen und Herren, die sich diesen Dienst weiter zumuten wollen, ihn auch mit allen hygienischen Maßnahmen, weiterhin tun können. Das heiße, besonders Menschen, die durch die Isolation von sozialen Kontakten abgeschnitten seien, müssten weiter einen organisierten Besuch durch die Grünen Damen und Herren erhalten können. Die Bedeutung, die dieses Engagement in der Pflege habe, sei, dass den isolierten Menschen durch die Grünen Damen und Herren wichtige Zeit für Zuwendung geschenkt werde, die in der Pflege unter dem derzeitigen Personalmangel besonders wichtig sei. Zuwendung aber wiederum sei ein wesentliches Element in der Pflege. Da gehe es nicht nur um Verrichtungen oder Angebote, sondern um ein großes Wort – Heilung. „Zeit haben“ sei unverzichtbar in der Pflege. Dieses zivilgesellschaftliche Element, das die Grünen Damen und Herren darstellten, habe individuelle eigenständige Aufgaben im Rahmen der Besuchsdienste, zum Beispiel das Dasein, Gespräche, vorlesen und kleine Besorgungen. Vor allem demenzerkrankte Menschen stehen unter besonderer Belastung, die normalerweise durch den Dienst der Ehrenamtlichen minimiert werden könne. Hier könne nur die Etablierung eines Sonderstatus einen gangbaren Weg für sie darstellen, um die Versorgungssituation in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen zu erleichtern. Zum Beispiel gebe es den Begriff „Gastmitarbeiter“ in einzelnen Kliniken schon. Er ermögliche die Absprache mit den Einrichtungen, dass die Fortsetzung der Begleitung der Patienten und Bewohner in der Alten- und Behinderten-Hilfe bestehen bleiben kann. Dies immer vor dem Hintergrund der jetzigen Personalsituation und

den besonderen Rahmenbedingungen.

Ihr Verband unterstütze mit einem fachlich fundierten Hygienekonzept den Einsatz der Grünen Damen und Herren. Die darin festgeschriebenen Standards schützten sowohl die Ehrenamtlichen als auch die Personen, für die sie tätig seien. Die durch den ersten Lockdown verunsicherten Grünen Damen und Herren kehrten gerade jetzt erst wieder stufenweise zurück. Dazu helfen die geltenden nötigen Empfehlungen natürlich auch dem Einzelnen um Sicherheit. Bis Ende Oktober sei rund die Hälfte der 600 Gruppen wieder im ehrenamtlichen Besuchsdienst aktiv gewesen. Angesichts des erneut drohenden Ausschlusses in Folge der jüngsten Beschlüsse zur Begrenzung des Ansteckungsrisikos, sollte man darauf hinwirken, dass die Menschen, die unsere solidarische Zuwendung und Unterstützung benötigten, nicht erneut zu Opfern der Maßnahme gegen die Corona-Pandemie werden. Sie danke für die Aufmerksamkeit.

Der **Vorsitzende** dankt Frau Roos für ihr Eingangsstatement und übergibt an Frau Helms, die via Webex zugeschaltet ist.

Ursula Helms (wir pflegen e.V.) dankt herzlich für die Einladung und die Ankündigung. Sie habe hoffentlich auch wie ihre Vorrednerin tatsächlich fünf Minuten oder weniger als Eingangsstatement. Sie sei hier, wie schon angekündigt, einerseits für die Selbsthilfeorganisation „wir pflegen“, aber eben auch aus ihrem bisherigen Tätigkeitsbereich bei der NAKOS in dem Tätigkeitsbereich Selbsthilfe und Pflege. Sie habe für heute allerdings nicht vorbereitet, sich hier tatsächlich zum Thema Selbsthilfe zu äußern, auch da sei man jetzt im Moment sehr aktuell und aktiv am Thema, welchen Wert die Selbsthilfe auch in dieser ganze Corona-Zeit habe, sondern sie widme ihren kleinen und kurzen Beitrag vor allen Dingen den pflegenden Angehörigen und Zugehörigen. Dieses Engagement in der Pflege von Angehörigen und Zugehörigen und Nachbarn sei Engagement, aber es sei kein Ehrenamt und insoweit sei es ein Unterschied. Aber die Tätigkeit pflegender Angehöriger und Zugehöriger sei auf die Interessen von sehr Nahestehenden und auch auf deren Wohlbefinden ausgerichtet und deswegen



verstehe man die Sorge um Angehörige als Engagement, welches von großer Bedeutung für unsere Gemeinschaft sei. Die pflegenden Angehörigen und Zugehörigen seien der größte Pflegedienst. Sie leisteten Großartiges und sie seien unersetzbar gewesen, insbesondere in aber auch seit der Corona-Pandemie. Mehr als 3,4 Millionen Menschen seien pflegebedürftig, das seien 4,1 Prozent der Bevölkerung. Das sei also auch ein großer Anteil. Diese würden aber auch von 6,9 Prozent der erwachsenen Bevölkerung gepflegt, durchschnittlich drei Stunden am Tag, aber oftmals auch bis zu 24 Stunden, 7 Tage die Woche. Das sei nicht mehr schlicht selbstverständlich eine innerfamiliäre Aufgabe, und schon gar nicht mehr nur innerfamiliär. Die Pflegesituation sei mittlerweile divers. Es gebe Pflege, Unterstützung und Begleitung chronisch kranker behinderter Kinder, Geschwister, Eltern, Großeltern, Partnerinnen, Wahlverwandschaft, Nachbarschaft. Gepflegt werde in jedem Alter. 6-7 Prozent der 12- bis 17-jährigen Kinder übernehmen Pflege- und Sorgearbeit bei häuslich gepflegten Angehörigen. Private Pflege ist Engagement! Es sei ihr sehr wichtig, das hier in diesen Kreis hineinzugeben. Man habe seiner Zeit, Anfang der 2000-er Jahre, heftig und auch damals erfolgreich dafür gekämpft, auch die Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagements tatsächlich einzubringen und das habe auch Eingang gefunden damals in den Bericht der Enquete-Kommission. Dieses Engagement in der Pflege werde zudem überwiegend noch immer durch Frauen in der Altersgruppe der 55- bis 69-jährigen geleistet. Sie sei da drin und in der gleichen Situation sei der Anteil der privaten Pflegepersonen bei den Frauen mit knapp 12 Prozent aller Frauen am höchsten, bei den Männern immerhin 6 Prozent. Häufig leide hierrunter auch die berufliche Entwicklung und die Altersabsicherung der Frauen. Pflege führe damit zu Altersarmut, gerade bei Frauen. Deshalb sehe man an vielen Punkten die Notwendigkeit einer Förderung dieses Engagements, z. B. durch eine angemessene Würdigung und Unterstützung. Ihres Erachtens sei eine wertschätzende Wahrnehmung dieses Engagements im Umfeld von Pflege erforderlich, das heiße auch, dass man sich wünsche, dass die Politik Informationen zu diesem Thema abfrage. Wer pflegt? Wie viele pflegen? In wie vielen Haushalten wird gepflegt?

Der Verein denke, dass in etwa 8-10 Prozent aller Haushalte in Deutschland gepflegt werde, in unterschiedlichen Varianten bei 3,5 Millionen pflegebedürftige Menschen, aber eben auch bei mehr Menschen, die nicht schon anerkannt pflegebedürftig seien. Man würde sich deshalb wünschen, z. B. auch beim Mikrozensus nicht nur nach der Kinderbetreuung zu fragen, sondern auch danach zu fragen, ob in dem Haushalt gepflegt werde.

Kurz ein abschließendes Statement, das habe man gerade im Verein in der Mitgliederversammlung als Beschluss gehabt: „Mit uns, nicht über uns!“ Man wolle also auch, dass Politik immer daran denke, in allen Gremien, wenn es um das Thema der Pflege und der Pflegesituation und um die pflegenden Angehörigen gehe, dass man dabei sei, dass man gefragt werde.

Der **Vorsitzende** dankt Frau Helms für ihr Eingangsstatement und bittet Christiane Hinze um ihre Ausführungen.

Christiane Hinze (DRK Isernhagen) stellt sich eingangs noch einmal vor. Sie komme aus Isernhagen, das ungefähr 25000 Einwohner habe und arbeite seit über 25 Jahren für das DRK in der Seniorenarbeit. Sie vertrete damit die ehrenamtliche Basis. Sie arbeiteten wirklich unten an der Basis. Ihr Team bestehe aus acht Personen. Sie teilten sich in Absprache die Arbeit auf, jeder bringe dabei seine Ideen ein. Unterscheiden müsse man ganz klar zwischen der Zeit vor Corona und der Zeit während Corona. Nach Corona werde es hoffentlich normal laufen, man wisse es nicht. Vor Corona habe man sich wöchentlich getroffen. Man habe jährlich vier große Feste gefeiert, mit Musik und Tanz und allem, was dazu gehöre und habe sechs verschiedene Fahrten unternommen. Diese niederschweligen Angebote seien für die Senioren ausgesprochen wichtig. Bei den Treffen könnten sie sich mit ihresgleichen unterhalten, was sehr wichtig sei. Es sei ein großer Unterschied, ob die Senioren sich mit ihren Kindern unterhielten oder ob sie das mit Gleichaltrigen tun könnten. Frau Helms könne das vielleicht bestätigen, wenn sie mit den Senioren unterwegs seien oder wenn sie die Senioren pflegten. Sie lachten zusammen und sie werden



als Person bemerkt. Auch diese Würde, bemerkt zu werden, sei bei vielen Senioren, die man leicht übersehe, nicht zu nachverlässigen. Sie seien in den Gruppen zusammen und nicht allein. Auch das sehe man als sehr, sehr wichtig an. Für sie sei das eine Art von Sozialkontrolle, denn wenn die Senioren zu den Treffen kommen, machten sie sich chic, sie seien beim Friseur gewesen und was ganz, ganz wichtig sei, es werde nachgefragt, wenn jemand fehle. Wie oft lese man in der Zeitung, dass man Tote erst nach sechs Wochen gefunden hat. Das würde bei ihnen nicht passieren. Sie würde das Ganze als „psychische Pflege“ bezeichnen. Wichtig sei das besonders für mobil eingeschränkte und alleinstehende Personen. Die Treffen des DRK seien ein wichtiger Bestandteil des Lebens der Senioren, das sei das Highlight ihrer Woche, könne man sagen. Durch Corona sei dieses Korsett zusammengebrochen. Die Senioren gingen nicht mehr aus dem Haus. Sie hätten Angst vor Ansteckung und allen möglichen Sachen. Sie vereinsamten und, was noch schlimmer sei, die Sozialkontrolle falle weg. Sie als Betreuer fühlten sich in dieser Corona-Zeit alleingelassen. In diesem Fall hauptsächlich natürlich von den Kommunen. Ihre Arbeit falle kommentarlos weg. Die Schließung der Begegnungsstätten nehme ihnen die Arbeitsbasis, eigene Räumlichkeiten hätten sie in Regel nicht. Der Frust in ihrem Team sei groß. Alles, was man bisher geleistet habe, sei scheinbar für „die da oben“, sage sie jetzt einmal, völlig unwichtig. Man werde von der Öffentlichkeit scheinbar nicht gebraucht. So sehe man das mittlerweile, weil gekümmert werde sich darum nicht. Durch Corona sei sehr deutlich geworden, dass die greifbare Pflege, also die wirkliche Pflege am Bett, in aller Munde sei, die psychische Betreuung als fester Bestandteil im Leben von diesen Senioren falle leider hinten runter. Wenn sie sich etwas wünschen dürfte, würde sie sagen: „Wir brauchen nutzbare Räume, die man auch in Pandemie-Zeiten nutzen kann und vor allen Dingen die Anerkennung der Gesellschaft.“ Vielen Dank.

Der **Vorsitzende** erteilt anschließend Frau Dr. Simonson für ihr Eingangsstatement das Wort.

Dr. Julia Simonson (DZA) dankt ebenfalls herzlich für die Einladung. Pflegerische Tätigkeiten würden heute durch verschiedene

Akteure übernommen und freiwilliges Engagement könne hier eine ganz wichtige und unterstützende Rolle spielen. Aber, unter welchen Bedingungen engagierten sich Menschen in der Pflege? Sie wolle im Folgenden dazu einige Befunde aus dem Freiwilligensurvey vorstellen. Der Freiwilligensurvey sei eine großangelegte Umfragestudie. Er werde seit 1999 alle fünf Jahre durchgeführt. Die jüngste Erhebung habe im Jahr 2019 stattgefunden. Da die Daten allerdings erst Anfang nächsten Jahres publiziert würden, stütze sie sich hier auf die Ergebnisse der Befragung 2014. Das heiße, die Befunde, die sie hier heute vorstelle, könnten keine Auskunft über die Situation, mit der sich Engagierte in den Zeiten der Corona-Pandemie konfrontiert sehen, geben. Sie bieten aber natürlich wichtige Rahmeninformationen. Im Freiwilligensurvey werde nach freiwilligem Engagement in 14 gesellschaftlichen Bereichen, außerhalb von Beruf und Familie, gefragt. Pflege sei aber nicht als eigenständiger Engagementbereich in dieser Abfrage vorgesehen. Es gebe aber gute Möglichkeiten, sich dem Engagement in der Pflege anzunähern und sie werde im Folgenden über Personen sprechen, die selbst angegeben hätten, innerhalb des Gesundheitsbereichs eine freiwillige Tätigkeit für hilfe- und pflegebedürftige Menschen auszuüben. Das seien insgesamt knapp zwei Prozent der freiwillig Engagierten in Deutschland, bezogen auf die gesamte Bevölkerung etwas weniger als ein Prozent, die sich in diesem Feld in dieser Art engagierten. Das entspreche einer guten halben Million Menschen. Nicht eingerechnet seien dabei diejenigen, die angeben, informelle Pflegeaufgaben für verwandte Personen, aber auch für nicht verwandte Personen in ihrem Nahumfeld zu übernehmen. Aus den Angaben, die die Engagierten im Interview machten, sehe man, das Engagement in der Pflege umfasse beispielweise die ehrenamtliche Pflegehilfe im Pflegeheim, die Sterbebegleitung im Hospiz oder den Besuchsdienst der Grünen Damen und Herren im Krankenhaus. In der Pflege engagierten sich deutlich mehr Frauen als Männer. 65 Prozent der hier Engagierten seien weiblich, 35 Prozent männlich. Wenn man sich zum Vergleich alle Engagierten in allen gesellschaftlichen Bereichen anschauere, sei die Geschlechterverteilung deutlich ausgeglichener. Auch das Alter von in der Pflege Engagierten sei



etwas höher als der freiwillig Engagierten insgesamt. Was auffällig sei, dass Personen, die sich im Gesundheitsbereich für Pflege- und Hilfsbedürftige engagierten, dies mit einem sehr hohen Zeitaufwand tun. Durchschnittlich übten die in der Pflege Engagierten ihre Tätigkeit mit knapp zehn Stunden pro Woche aus. Wenn man sich die freiwillig Engagierten insgesamt anschau, komme man auf einen durchschnittlichen Zeitaufwand von etwas mehr als vier Stunden pro Woche.

Ein weiterer Punkt, der sehr auffällig sei, dass Personen, die sich in der Pflege engagierten, in allen Aspekten, die man im Freiwilligensurvey erfasse, deutlich häufiger Verbesserungsbedarfe der Rahmenbedingungen sähen, als alle anderen Engagierten im Mittel. Zum Beispiel wünschten sich 42 Prozent aller Engagierten Verbesserungen bei der fachlichen Unterstützung im Engagement. Bei denjenigen, die sich in der Pflege engagierten, seien das aber gut 20 Prozentpunkte mehr, nämlich 63 Prozent. Eine Verbesserung bei den Weiterbildungsmöglichkeiten wünschten sich 60 Prozent der in der Pflege freiwillig Tätigen, eine stärkere Anerkennung durch Hauptamtliche immerhin noch 54 Prozent.

Adressiert an Staat und Gesellschaft sähen Personen, die in der Pflege engagiert seien, mit 76 Prozent besonders häufig Verbesserungsmöglichkeiten bei der Information und Beratung zum Engagement sowie mit 70 Prozent bei der Vereinbarkeit der freiwilligen Tätigkeit mit dem Beruf. Auch diese Anteile seien deutlich höher, als im Mittel aller Engagierten. Das heiße, wenn sie zu einem kurzen Fazit kommen dürfe, ein nicht unerheblicher Anteil der Menschen in Deutschland engagiere sich freiwillig für hilfe- und pflegebedürftige Personen. Sie tun das häufig mit einem hohen Zeitaufwand. Insgesamt scheinen die Rahmenbedingungen derer, die sich so in der Pflege engagierten, jedoch deutlich schlechter zu sein, als für freiwillig Engagierte insgesamt. Die Befunde des Freiwilligensurveys geben dabei wichtige Hinweise, bei welchen Aspekten die Engagierten selbst Verbesserungsbedarfe sehen und wo die Bedingungen möglicherweise verbessert werden können. Dies sei natürlich insbesondere vor dem Hintergrund der Bedeutung dieses Engagements

in alternden Gesellschaften wichtig.

Abschließend noch einmal der Hinweis, dass man mit diesen Daten keine Auskunft geben könne über die Situation, mit der sich die Engagierten in der Corona-Pandemie konfrontiert sehen. Wenn man frage, unter welchen Bedingungen Engagement für pflege- und hilfsbedürftige Menschen aktuell noch ausgeübt werden könne, sei zu vermuten, dass sich die Bedingungen, sofern eine Ausübung des Engagements überhaupt möglich sei, zumindest nicht verbessert haben dürften.

Der **Vorsitzende** gibt danach Kyra Springer das Wort, die den Schlusspunkt bei den Eingangsstatements setze.

Kyra Springer (Initiative aktiv55plus) richtet sich an den Vorsitzenden, die Ausschussmitglieder sowie an die übrigen Sachverständigen, dankt herzlich für die Einladung zur der heutigen Sitzung und erklärt, gerne nehme sie die Herausforderung an, und stelle die gewünschten Aspekte und zuerst einmal die Arbeit von „aktiv55plus“ vor. Ihre Ausführungen gliedere sie in drei Blöcke. Erst einmal stelle sie den Verein vor, dann folgten einige Aspekte bzw. Beiträge zur Pflege, bevor sie sich erlaube, einen Vorschlag zu machen.

Der Trägerverein, das sei Punkt 1. In den Jahren 2002 bis 2004 sei in den Städten Wien, Hannover und Radevormwald ein Demonstrationsprojekt der Weltgesundheitsorganisation (WHO) durchgeführt worden. Das Projekt habe die Zielsetzung gehabt, die aktive und selbstständige Lebensführung älterer Menschen zu fördern und damit deren Lebensqualität zu verbessern. Sie habe im Vorhinein zur Sitzung eine Präsentation (UA-Drs. 19/061) als PDF herumgeschickt, in der die Abgeordneten auch den Link mit nähren Angaben dazu finden könnten. Ende 2004 sei vor dem Hintergrund der Ergebnisse der aktivierenden Hausbesuche, der individuellen Beratung und Vernetzung der Trägerverein „aktiv55plus“ Radevormwald. e.V. gegründet worden. Dieser baute auf der durch das Projekt entstandenen Infrastruktur auf. Bürgerschaftliches Engagement in der dritten Lebensphase sei dabei als zentral angesehen worden und in den



unterschiedlichen Bereichen vernetzt. Zusätzlich sei die kommunale Seniorenwohn- und Pflegeberatung ab 2005 von der Stadt an den Verein übertragen worden. Einen Einblick in das aktuelle Portfolio von „aktiv55plus“ könne den Folien vier und fünf entnommen werden, das würde diese fünf Minuten sprengen. Parallel zu der lokalen Arbeit engagiere sich der Verein für die Etablierung präventiver Arbeit als Pflegeleistung. Gespräche auf Landesebene, einige unter Beteiligung der WHO, eine Initiative eines Gesundheitskonzerns, die Beteiligung an einem Workshop des zuständigen BMFSFJ im November 2019 seien hier exemplarisch benannt. Für einen der Termine im Düsseldorfer Landtag wurde die Relation der Kosten der Dienstleistung präventiver Hausbesuche zu den Kosten der Unterstützung durch den Kreis gegenübergestellt. Bei allen Schwächen einer Modellrechnung überzeuge das Ergebnis. Gelingen es in einer Kommune wie Radevormwald, derzeit 22.101 Einwohner, 6,4 Bürger/innen durch Beratung, niedrigschwellige Angebote und ehrenamtliches Engagement derart zu unterstützen, dass sie ein Jahr später eine finanzielle Unterstützung durch den Kreis in Anspruch nehmen müssten, wäre die mit der Unterstützung verbundenen Kosten finanziert. Die Schwäche liege allerdings in dem System. Geldgebende und Geldsparende seien nicht identisch.

Punkt 2, Beiträge zur Pflege. Die unter Punkt 1 kurz beschriebene Arbeit unterstütze die Erhaltung, Wiederherstellung oder Anpassung von psychischen, physischen und sozialen Funktionen und Aktivitäten des Lebens der Bürger/innen. Dieser Gewinn für die Einzelperson und für die Gesellschaft werde durch die präventive Beratung der hauptamtlich Mitarbeitenden initiiert und durch die haupt- und ehrenamtliche Mitarbeit erreicht. Dazu folgende Ausführungen: Die wissenschaftliche Begleitung des unter Punkt 1 erwähnten Demonstrationsprojektes belege den Gewinn an Lebensqualität den die Proband/innen durch die von ihnen begonnenen Aktivitäten empfangen. Im „Monitor Engagement“ des BMFSFJ sei zu lesen, sie zitiere: „Engagierte bewerten ihre gesundheitliche Situation häufiger mit sehr gut und gut und seltener als mittel schlecht oder sehr schlecht. Besonders groß fallen die

diesbezüglichen Unterschiede bei den hochbetagten Engagierten aus.“ Zitatende.

Das Ausüben ehrenamtlicher Tätigkeiten führe auch nach Erfahrung von „aktiv55plus“ zu einer Steigerung des Wohlbefindens. Es wirke der Einsamkeit entgegen, steigere das Selbstwertgefühl, stifte Sinn, provoziere Denkprozesse, löse oft eine innere Zufriedenheit aus. Resultierende soziale Beziehungen bildeten wichtige Ressourcen für die Gesundheit. Darauf weise auch die Gesundheitsberichterstattung des Bundes hin. Das Ausüben bürgerschaftlichen Engagements entlaste somit die Pflege allein durch die der Aktivität inhärente Gesundheitsförderung. Darüber hinaus entlaste Ehrenamt die Pflege durch die Übernahme von Aktivitäten. Kaum eines der zuvor unter Punkt 1 benannten Angebote könne in diesem Umfang ohne Unterstützung durch freiwillig engagierte Bürger/innen bestehen. In Folgenden einige Beispiele: wünsche sich eine Bürgerin, ein Bürger induziert durch Wohnberatung das Umstellen von Möbeln, das Entfernen von Teppichbrücken etc., Prävention von Stürzen, werde dieser Wunsch von Mitgliedern der Rader Hilfsbörse, Ehrenamtler, realisiert. Wünsche sich ein Bürger induziert durch Pflegeberatung einen Hausnotruf, sei aber ängstlich, diesen Termin alleine wahrzunehmen, werde er von einem Ehrenamtlichen begleitet. Weitere Beispiele aus dem Arbeitsalltag: auf Grund der dezentralen Struktur der Stadt, der ungünstigen Situation des ÖPNV und der Facharztsituation begleiteten in einzelnen Fällen Mitgliedern der Rader Hilfsbörse ehrenamtlich zu Facharztterminen. Die Begleitung nach Entlassung aus dem lokalen Krankenhaus, Best 75plus, -das Projekt finden die Ausschussmitglieder auch auf der Folie- habe die Notwendigkeit der Anschaffung eines neuen Bettes zu Tage gebracht. Statt Belastung der Krankenkasse oder Pflegekasse, erneuter Sturz, Drehtüreffekt, zur Verfügung stellen eines Pflegebettes etc. sei eine ehrenamtliche Mitarbeiterin ganz schlicht und einfach mit dem Herrn in ein Möbelhaus gefahren. Im Rahmen der von Bürger/innen durchgeführten Sprechstunde für Handy etc. sei vielfach die Installation und Erläuterung der Corona-App erbeten worden. Die Selbsthilfegruppe werde von einer Ehrenamtlichen geleistet. Die von Bürger/innen



im Rahmen des ehrenamtlichen Einsatzes geleistete Einkaufshilfe, entlaste die Pflegeversicherung. Hinzu komme, dass oft die ambulanten Dienste für diese Arbeit gar niemand mehr zur Verfügung stellen könnten, weil sie so überlastet seien.

Die Identifikation der Wünsche der beratenen Menschen sei natürlich die Voraussetzung für die Realisierung. Diese so selbstverständliche Logik weise die Notwendigkeit präventiver Gespräche aus. Durch die Gespräche könnten Bedürfnisse und Notwendigkeiten identifiziert und durch Vernetzung bedient werden. Oft gelangten die Menschen erst durch die Beratung in Kenntnis von diversen Angeboten oder sie fänden erst durch die Beratung den Mut zur Realisierung.

Zum Schluss Punkt 3: Um den Mangel an Mitarbeitenden in der Pflege, der wirtschaftlichen Situation von Kommunen, Land und Stadt, der demografischen Entwicklung etc. zu begegnen, sei die Förderung von Ehrenamt unerlässlich. Im Bereich der Pflege müsse es Kümmerer geben, die im Rahmen von präventiver Beratung orientiert an der Lebenswelt der Bürger/innen individuelle Notwendigkeiten auf unterschiedlichen Ebenen identifizieren und so für Entlastung sorgen könnten. Die Position der Kümmerer dürfe kein Ehrenamt sein! Im Rahmen eines bundesweiten Regelangebots von aktivierenden präventiven Gesprächen, nah an den „Keukentafelgespräch“ in den Niederlanden, könne die Pflegesituation in Deutschland entlastet werden. Das Prinzip „ambulant vor stationär“ könne unterstützt und die Vielfalt der Ressourcen lebenserfahrener Bürger/innen multimodal eingebunden werden.

Der **Vorsitzende** dankt auch Frau Springer für ihr Eingangsstatement. Für die Fragerunde, habe er schon eine Reihe an Wortmeldungen. Er bittet aber noch einmal, daran zu denken, das Mikrofon einzuschalten und dann bitte vorher deutlich zu machen, an wen die Frage gehe. Die Fragerunde werde eröffnet von Abg. Dr. Diaby.

Abg. **Dr. Karamba Diaby** (SPD) dankt den Anhörspersonen für die einführenden Worte. Er habe zwei Fragen, eine Frage an Frau Roos und eine Frage an Frau Dr. Simonson. Frau Roos habe angedeutet, dass Unterstützung gebraucht werde,

wenn er ihre Worte verwenden dürfe, „von denen da oben.“ Ihn interessiere sehr, was damit konkret gemeint sei. Sie die Kommune gemeint? Sei das die Kommunalpolitik, die Landespolitik oder auch die Strukturen im Gesundheitswesen? Ihn würde interessieren, was man damit machen könnte?

Die zweite Frage gehe an Dr. Simonson. Das Thema interkulturelle Öffnung der Unterstützungsmöglichkeiten in der Wohlfahrtspflege allgemein sei aus seiner Sicht ein ganz, ganz wichtiges Thema. Deshalb wolle er sie einmal fragen, inwieweit das Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in diesem Bereich erfasst wurde. Zweitens, wo seien da auch Handlungsbedarfe? Denn diese Menschen werden ja auch alt. Man habe hier ja nicht nur einen größeren Teil jüngerer Menschen in Schulen und Bildungseinrichtungen, sondern auch in Pflegeheimen gebe es mittlerweile Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund. Das würde ihn interessieren.

Der **Vorsitzende** bitte als Nächsten Abg. Martin Patzelt um seine Fragen.

Abg. **Martin Patzelt** (CDU/CSU) dankt den Sachverständigen für ihre Ausführungen und richtet seine erste Frage an Frau Dr. Simonson. Habe sie durch ihre Forschungsergebnisse oder Befragung einen Eindruck, ob das freiwillige Engagement in der Pflege mehr aus der Notwendigkeit des Bedarfes und des nicht gedeckten Bedarfes durch eine professionelle Pflege entstehe oder mehr aus Selbstinitiative, dass man erst professionelle Pflege einfordere, wenn man an die Grenze seiner Möglichkeiten komme?

Frau Roos habe von professionellen Grünen Damen gesprochen. Wodurch zeichne sich diese Professionalität aus oder woran werde sie fest gemacht? Seine Frau sei übrigens auch eine Grüne Dame.

Die dritte Frage gehe an Frau Hinze sie habe von der notwendigen Anerkennung und nutzbaren Räumen gesprochen. Nutzbare Räume sollten doch ein kommunales Problem und eine kommunale Möglichkeit sein. Aber sie habe auch



von der Anerkennung der Pflegenden im Ehrenamt gesprochen. Habe sie eine Vorstellung, was die Abgeordneten da tun könnten?

Seine letzte Frage stelle er Frau Springer. Sie habe davon gesprochen, wieviel Prozent der Bevölkerung im ehrenamtlichen Pflegedienst seien, nämlich 4,1 Prozent. Um welche Stufen der Pflegebedürftigkeit handle es sich nach ihren Erfahrungen 1, 2 oder 3? Also, wo engagierten sich mehr Ehrenamtliche? Gehe dieses Engagement sogar bis Pflegestufe 3 oder 4?

Der **Vorsitzende** erteilt anschließend Abg. Schulz-Asche für ihre Fragen das Wort.

Abg. **Kordula Schulz-Asche** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bedankt sich zunächst ganz herzlich für die Beiträge, die sehr interessant gewesen seien. Sie sei alten- und pflegepolitische Sprecherin ihrer Fraktion und für den Infektionsschutz zuständig. Deswegen wolle sie ganz gerne vor allem unter dem Aspekt COVID-19 fragen, und zwar zuerst Frau Helms. Sie habe es gesagt und man habe das auch noch gerade von Frau Dr. Simonson gehört, die in Bezug auf den Survey noch einmal betont habe, dass sehr viele Angehörige pflegten, was eine sehr, sehr wichtige Arbeitsleistung in unserer Gesellschaft sei, sie sich aber eben fachliche Unterstützung wünschten. Ihre Frage sei: Was könnten Sie sich gerade auf der lokalen Ebene, also dort wo tatsächlich gepflegt werde und wo die Angehörigen eben mit ihren Pflegebedürftigen lebten, was könnte dort an Unterstützungsleistungen besser geleistet werden, als das bisher der Fall sei? Gebe es gute Beispiele, wo sie sagen würden: „Das würden wir gerne so machen und am besten bundesweit.“? Sie seien auch bundesweit organisiert.

Ihre zweite Frage gehe an Frau Springer. Sie kenne Radevormwald sehr gut und halte es für eins dieser Positivbeispiele, wie Stadt und Verein miteinander zusammenarbeiteten und das auf sehr breiter Basis. Hier sei noch einmal ihre Frage: Inwieweit seien sie aktuell in ihren Aktivitäten durch Covid-19 eingeschränkt? Und welche Unterstützung bräuchten sie und auch in welchen Bereichen, um die ehrenamtlichen Tätigkeiten weiter aufrecht zu erhalten?

Die dritte Frage richte sich an alle. Welche Möglichkeiten sähen sie durch eine bessere Digitalisierung gerade auch im Bereich der älteren Menschen, von Pflege, von Zusammenarbeit mit dem Ehrenamt, von Koordination von Ehrenamt, von sozialer Teilhabe in der Digitalisierung? Was würden sie da vorschlagen, was vor allem von Bundesseite unter Umständen auch an Vorarbeiten geleistet werden müsste?

Der **Vorsitzende** bittet Abg. Pahlmann um ihre Fragen.

Abg. **Ingrid Pahlmann** (CDU/CSU) dankt allen Sachverständigen herzlich, das seien schon einmal sehr interessante Impulse gewesen. Ihre erste Frage gehe an Frau Dr. Simonson. Sie habe auch von dem doch relativ großen Zeitaufwand in der Pflege gesprochen, der zum Teil unter sehr schlechten Rahmenbedingungen stattfinde, und habe auch schon angedeutet, dass es eben verschiedene Wünsche von Seiten der Pflegenden gebe. Wünsche nach Weiterbildung und Unterstützung durch Hauptamt und Ähnliches. Aber da sei ja die Diskrepanz, wie man das eigentlich alles unter einen Hut kriege. Hoher Zeitaufwand in der Pflege, Erwerbstätigkeit und dann noch Weiterbildung, habe sie eine Idee, wie man da vielleicht mit einem Versorgungsmix den Pflegenden unter die Arme greifen könne? Habe sie diesbezüglich Ideen zur Stärkung der Freiwilligenarbeit?

Dann eine Frage an Frau Roos, die sich auch dafür engagiere, soziale und gesundheitliche Versorgung in ländlichen Räumen zu verbessern. Könne sie einen Vergleich ziehen, wie sich das freiwillige Engagement in der Pflege in urbanen und ländlichen Räumen unterscheide? Welche Ansätze brauchten Groß- und Kleinstädte, was benötigten ländliche Gebiete da eventuell in anderer Form?

Noch eine kurze dritte Frage oder eine Anmerkung zu Fr. Hinze. Man sehe ihre ehrenamtliche Arbeit schon. Sie habe in ihrem Wahlkreis auch viele solcher Verbände und Zusammenschlüsse, die sich da kümmerten. Sie habe die Pandemiezeiten angesprochen, dass sie da Erschwernisse hätten. Ihr Kollege, Herr Abg. Aggelidis, habe schon angesprochen, dass zum



Teil von ihr auch der kurze Draht in der Kommune gesucht werden müsste, denn das dürfe eigentlich nicht sein, dass diese Arbeit erschwert werde. Wie könne man ihr von Bundesseite unterstützend unter die Arme greifen? Könne sie vielleicht noch einmal den einen oder anderen Hinweis geben, was die Abgeordneten explizit da machen könnten?

Der **Vorsitzende** erklärt, die nächste Frage stelle Abg. Werner.

Abg. **Katrin Werner** (DIE LINKE.) dankt allen Expertinnen auch im Namen ihrer Fraktion. Sie richte ihre Fragen an Frau Helms. Diese gingen auch in die Richtung, wie es Abg. Pahlmann jetzt auch noch einmal angesprochen habe. Sie wolle die ehrenamtliche Pflege ansprechen. Man wisse, dass auch die Krankenkassen auf ihren Seiten immer dafür werben, und das seien fast vier Millionen Menschen oder Personen bzw. Angehörige, die pflegten. Damit seien sie ja auch ein richtige Säule. Sie frage konkret, welche Handlungsräume ihr Verein sehe, um das bürgerschaftliche Engagement in der häuslichen Pflege in Bezug auf die pflegenden Angehörigen zu unterstützen? Alle Anhörspersonen hätten von Würdigung, Anerkennung und Unterstützung der Angehörigen gesprochen. Könne sie hier noch einmal konkreter ausführen, welche prinzipiell die Maßnahmen wären, die sie von der Politik erwarte?

Im zweiten Block richte sie sich noch einmal an Frau Helms, die Corona-Zeiten. Man wisse, viele Strukturen, das sei von Kolleginnen und Kollegen auch angesprochen worden, seien weggebrochen. Es sei der Hinweis gegeben worden, dass man Zeit brauche für Pflegende. Alle wissen, dass man selbst im Moment mehr Zeit für Behördengänge, für Arztbesuche brauche. Jetzt komme der zu-Pflegende noch dazu. Sie glaube, die Belastung für pflegende Angehörige sei groß, Beispiele für das Erreichen der Belastungsgrenzen gebe es viele. Sie bitte darum, ganz konkret zu sagen, was sie jetzt relativ zügig von der Politik erwarte, also auch von der Bundesebene, um das mehr in den Mittelpunkt zu rücken. Es gehe ja oft um alltägliche Dinge. Und vorhin sei angesprochen worden, dass vorher oft pflegende Angehörige oder die ehrenamtliche Pflege gar nicht so im

Blickpunkt gewesen sei. Vielleicht diese zwei Punkte an Frau Helms.

Der **Vorsitzende** gibt das Wort an Abg. Aggelidis, der den Schlusspunkt in der ersten Fragerunde setze.

Abg. **Grigorios Aggelidis** (FDP) dankt für das Wort und allen Sachverständigen für ihre Eingangsstatements und die sehr interessanten Einblicke. Einige der Fragen, die er habe stellen wollen, seien schon gestellt worden, gerade von der CDU an Frau Hinze. Er werde sich dann auf andere Themen konzentrieren. Die eine Frage wolle er aber schon loswerden und zwar jenseits des Themas der Räumlichkeiten. Was sei aus Frau Hinzes Sicht hinsichtlich des Themas der Förderung des Engagements in dem Bereich notwendig? Wo spürten die Freiwilligen jenseits eben der Corona-Zeit und der eingeschränkteren räumlichen Möglichkeiten, Dinge die sie einfach bremsen oder nervten in Ihrem Engagement?

Er wolle dann eine Frage an Frau Springer loswerden, aber eigentlich gehe sie auch an alle. Nämlich etwas, was ihnen in der Politik oder ihm zumindest immer wieder über den Weg laufe, sei, dass vernünftige Lösungen deswegen nicht umgesetzt würden, weil die geldgebende und die geldsparende Kasse zwei unterschiedliche Kassen seien. Das sei eigentlich völlig absurd. Das sehe man in vielen Bereichen, das sei ein weiterer Bereich. Da würde ihn interessieren, ob von Frau Springer oder es könne sich jede gerne angesprochen fühlen, wer da eine gute Idee habe, wie man das in irgendeiner Art und Weise zusammenbringen könne, dafür wäre er sehr dankbar, denn das, glaube er, würde uns wirklich nach vorn bringen.

Dann habe er eine Frage an Frau Helms, die das Thema Mikrozensus angesprochen habe. Da würde ihn interessieren, was eigentlich jenseits der Frage inwiefern zu Hause gepflegt werde, welche Fragen man noch gerade in diesem Zusammenhang Ehrenamt und Pflege hier mit einbringen könnte? Das wäre ein ganz wichtiger Punkt, um eben die Notwendigkeit von Unterstützung klar zu machen.

Eine letzte Frage an alle. Wer von den



Expertinnen sei angesichts der Debatten, die man in den letzten Jahren habe, hinsichtlich des Themas der Pflegesituation und der Entwicklung des Personalbedarfs, wer von ihnen aus seiner langjährigen beruflichen oder ehrenamtlichen Erfahrung, sei der Überzeugung, dass man in den nächsten Jahren eigentlich ein viel stärkeres Ehrenamt in diesem Bereich brauche, weil man anders eine lebenswürdige Begleitung der Menschen gar nicht mehr gebacken kriege? Das einfach noch einmal als Abschlussfrage.

Der **Vorsitzende** leitet zur Antwortrunde über, die hinsichtlich der Beantwortung der Fragen traditionell in umgekehrter Reihenfolge begonnen werde. Das heiße, Frau Springer, die vorhin den Schlusspunkt bei den Eingangsstatements gesetzt habe, dürfe jetzt beginnen, die an sie gerichteten Fragen zu beantworten.

Kyra Springer (Initiative aktiv55plus) weist zur Frage von Abg. Patzelt darauf hin, die 4.1 Prozent habe Frau Dr. Simonson genannt. Mit seinem Einverständnis gebe sie die Frage somit entsprechend weiter.

Abg. Aggelidis habe angesprochen, eine Lösung für die unterschiedlichen Kassen zu finden. Sie glaube, das sei so etwas Ähnliches wie die One-Million-Dollar-Frage, so ähnlich wie die Frage: Wie erreiche man die wirklich Einsamen? Die WHO gehe davon aus, man sei in Kontakt mit der WHO, dass es die aktivierenden Hausbesuche überall schon gebe, und dass die Versäulung jetzt langsam einmal angegangen werden müsse. Sie wünschte sich, die WHO hätte Recht. Sie glaube, das könne nur durch sprechen, durch ein „an einem Tisch sitzen“ und ein „miteinander sprechen“ und ein Verhandeln geschehen. In ihrem Fall seien das die Pflegekassen, die Krankenkassen und die Träger der Hilfe zur Pflege, also die Kommunen. Sie glaube, sie müssten miteinander sprechen und sich einmal verinnerlichen, welcher Gewinn dabei herauskomme, wirtschaftlich und auch für die Gesellschaft. Das würde sie sich wünschen, das würde sie sich sehr wünschen.

Abg. Schulz-Asche habe man schon in Radevormwald begrüßen dürfen. Einschränkungen durch Covid-19 habe man

massiv, auch in ihrer Senioren- und Pflegeberatung. Man habe wirklich am Anfang den Telefonhörer in die Hand genommen und gedacht, das Netz sei zusammengebrochen, so ruhig sei es gewesen. Man sei dann von einer „Komm-Struktur“ in eine „Geh-Struktur“ gegangen, habe aktiv die Klienten angerufen. Sie hätten ihre Arbeitsweise geändert, man habe darüber neue Angebote generiert, zum Beispiel den Telefondienst „Einfach mal reden.“ Man habe wunderbare ehrenamtlich Mitarbeitende, die angekommen seien und ihre Arbeit wieder hätten aufnehmen wollen. Das finde sie unbeschreiblich. Man habe, sie nehme den Reparaturtreff als Beispiel, die Anzahl der Reparateure reduziert, man habe den Raum vergrößert. Es sei jetzt immer jemand zusätzlich da, der die hygienischen Maßnahmen durchführe. Also es sei ein sehr deutlicher Einfluss von Corona und Dank des unglaublichen Engagements und des Willens ihrer ehrenamtlichen Kräfte könne man viele Angebote aufrechterhalten. Was sie besonders betroffen gemacht habe, war, dass man die Selbsthilfegruppe für Angehörige von Menschen mit Demenz auch habe einstellen müssen. Sie fand diesen Menschen seien doppelt bestraft worden. Die Tagespflege habe nicht mehr stattgefunden, und wenn man sich vorstelle, dass man 24 Stunden, 7 Tage die Woche den Ehepartner, die Mutter pflege und die Tagespflege falle aus, also diese kleine Oase die man habe und dann falle auch noch das monatliche Treffen aus, in dem man sein Herz im geschützten Raum ausschütten könne, das fand sie schon sehr hart und da sei sie sowohl dem Ordnungsamt hier bei der Stadt als auch dem Amtsleiter Soziales sehr dankbar, dass man gemeinsam eine Lösung gefunden habe, wie man wirklich unter Schutz der Angehörigen diese Gruppe nach einem Vierteljahr Pause wieder habe aufnehmen können. Sie könnte den Ausschussmitgliedern noch mehrere Beispiele bringen. Es sei alles sehr beeinflusst vom guten Willen und wirklich der Fachkompetenz der Kollegen aus den anderen Bereichen. Sie wiederhole es, mit dem Bereich Soziales und dem Ordnungsamt habe man vieles, vieles, vieles wieder auf die Beine stellen können. Im November sehe es natürlich wieder anders aus. Da müsse selbst die sogenannte „Handy-Sprechstunde“ ausfallen, die auch deutlich reduziert natürlich stattgefunden habe, mit einer



extra Ehrenamtlerin für die Hygienemaßnahmen.

Die Abgeordneten hatten auch gefragt, was man sich wünsche. In Radevormwald gebe es immer noch Bereiche in der Stadt, die nicht vom Netz abgedeckt seien. Es gebe immer noch Situationen, in denen Angehörige einen Telefontermin vereinbaren müssten, wenn sie über das Mobilfunkgerät telefonieren wollten. Sie müssten den Berg raufgehen, dann könnten sie telefonieren. Da wünsche sie sich einfach, dass die Politik die Netzabdeckung vorantreiben würde.

Sie wünsche sich im Punkt Mobilitätshilfe; ihre Mitarbeiterin schimpfe immer mit ihr, wenn sie mit ihren Ideen in die Teamsitzung komme und sage dann: „Frau Springer, wenn in den sogenannten „Wupperorten“ -ein außerhalb liegender Stadtteil- „jemand im dritten Stock sitzt, geht drei Etagen runter, weil der Aufzug nicht da ist, holt sich seinen Rollator aus irgendeiner Ecke und geht dann zur Haltestelle des Bürgerbusses, dann ist schon die körperliche Kraft erschöpft.“ Also da wünsche sie sich von der Mobilität mehr Ideen, mehr Einsatz, bei allem Respekt vor dem Bürgerbus und dem auch ehrenamtlichen Engagement, das damit verbunden ist. Die Abgeordneten sollten ihnen bitte eine bessere Mobilität zaubern, damit wären viele Fragen hier in Radevormwald und in vielen anderen Kommunen beantwortet.

Und sie wünsche sich an vielen Stellen eine Vereinfachung der Prozesse. Ein ganz kleines Beispiel: Man habe bei den Telefonaten mit den Klienten, die sie eben erwähnt habe, die Fragestellung Quartalswechsel März auf April: „Ich bekomme mein Herzmedikament nicht, weil ich meine Krankenkassenkarte nicht lesen lassen kann.“ Das müsste nicht sein, das haben sie von sich aus an die Arztpraxen wieder schicken müssen, das entsprechende Schreiben der KV da wünsche sie sich a) dass die Prozesse vereinfacht werden und b) die Kommunikation einfach deutlicher sei zu den vereinfachten Prozessen, dass die Menschen nicht so in Sorge sind: „Komme ich jetzt an mein Herzmedikament?“ Das sei ein älterer Herr mit einem Herzmedikament gewesen, der die Sorge an sie herangetragen habe, bekomme er das Medikament jetzt und wie könne

das gehen, die Telefone seien alle besetzt gewesen und, und, und. Das habe man vor Ort gelöst.

Benötigen wir mehr Ehrenamt in der Pflege? Da gingen bei ihr, sie sei Diplom-Pflegewirtin und von der Grundausbildung Altenpflegerin, natürlich alle Alarmglocken an. Sie wünsche sich qualifizierte und engagierte, sie hätten immer gesagt „mit Kopf, Herz und Hand“ Pflegende. Sie wünsche sich für ihre nahen Angehörigen, und sollte sie selber in die Situation kommen, Menschen, die ein bisschen mit ihrer Kultur vertraut seien und auch expressis verbis ein bisschen verstehen von dem, was sie sagen möchte. Das heiße nicht, Abg. Dr. Diaby habe vorhin von Menschen mit Migrationshintergrund gesprochen; das heiße nicht, dass sie das nicht sehe, das möchte sie ausdrücklich sagen. Ja, sie glaube, man komme nicht umhin, mehr Menschen in den Bereichen Pflege, auch in den Bereichen, die sie eben ausgeführt habe, einzusetzen und sie wünsche sich dafür ein Augenmaß und sie wünsche sich immer im Hintergrund Hauptamtliche, die koordinieren, die identifizieren, die auch Lücken sehen, eben sei das Stichwort Fortbildung gefallen und so weiter. Das kurz noch dazu.

Der **Vorsitzende** dankt Frau Springer. Als Nächste bittet er Frau Dr. Simonson um die Antworten auf die ihr gestellten Fragen.

Dr. Julia Simonson (DZA) bedankt sich für die interessanten Fragen. Bevor sie auf die einzelnen Fragen eingehe, weist sie zur Klärung vorab darauf hin, dass sie sich explizit nicht die pflegenden Angehörigen angeschaut habe. Sie habe über Personen berichtet, die eher in einem formellen Rahmen ehrenamtliches Engagement für Hilfebedürftige, Pflegebedürftige leisten. Es werde da sicherlich eine Schnittmenge geben. Häufig sei die Übernahme von Pflēgetätigkeiten im sozialen Nahraum auch der Startschuss oder Anregung, sich in der Pflege dann auch ehrenamtlich zu engagieren. Aber das müsse nicht in jedem Fall so sein. Es gehe hier explizit tatsächlich um diejenigen, die sich ehrenamtlich für Nichtangehörige zumindest auch freiwillig engagierten.

Sie beginnt mit der Frage von Abg. Pahlmann, wie



eigentlich diesem Wunsch nach Weiterbildung entsprochen werden könne, wo doch ohnehin die zeitliche Belastung der Engagierten so hoch sei, wo auch die Vereinbarkeit mit dem Beruf so kritisch gesehen werde. Das sei natürlich ein Problem, weil Weiterbildung auch zeitintensiv sei und ein zeitliches Investment erfordere, was getragen werden müsse. Aber, sie denke, die Personen, die sich engagierten, seien eben auch motiviert, sie seien, das sehe man an der hohen Zeitinvestition, die sie in das Engagement reingeben, die seien motiviert, da auch weitere Zeit zu investieren. Sie denke, da wäre es schon sinnvoll, auch Möglichkeiten anzubieten, zumal ja die Frage der Vereinbarkeit mit Beruf etwas sei, das sicherlich nicht nur an die Organisationen für freiwilliges Engagement adressiert sei, sondern auch etwas sei, wo die Arbeitgeber gefragt seien bzw. der Staat, der hier noch einmal dafür sorgen könne, dass die Rahmenbedingungen entsprechend gestaltet werden.

Abg. Patzelt habe gefragt, ob dieses freiwillige Engagement eigentlich aus der Not geboren sei, trete es dann ein, wenn es keine anderen Möglichkeiten gebe, die Pflegebedürftigen zu versorgen, oder sei es eher eine altruistische Motivation, die hier vielleicht im Vordergrund stehe. Sie denke, das lasse sich so nicht komplett auseinanderziehen, sicherlich spiele diese Not oder dieses Verständnis, dass es dort einen Notstand gebe und man da unterstützen müsse, eine Rolle, aber wie gesagt, es beziehe sich hier nicht im engeren Sinne auf die informelle Unterstützung im sozialen Nahraum oder von Verwandten, sodass sie davon ausgehe, dass es hier eher eine übergreifende Motivation gebe, Menschen zu unterstützen, die der Pflege bedürfen, die aber nicht aus der persönlichen Situation so stark getriggert werde.

Die Frage nach der interkulturellen Öffnung habe Abg. Dr. Diaby angebracht. Das sei in der Tat ein interessanter Punkt, weil zunehmend auch Menschen, die in Deutschland eingewandert seien, ein höheres Alter erreichten, also insbesondere die Menschen, die damals als sogenannte „Gastarbeiter“ nach Deutschland gekommen seien, die jetzt eben auch in ein höheres Alter gekommen seien, und dann eben auch potenziell häufiger pflegebedürftig würden.

Hier sei natürlich einerseits zu sehen, dass diese Personen nicht nur von Menschen gepflegt werden müssten, die selbst auch einen Migrationshintergrund haben. Das habe Abg. Dr. Diaby sicherlich gar nicht gemeint. Aber das könne natürlich da noch einmal unterstützend wirken. Auf der anderen Seite bestehe natürlich auch der Wunsch bei Menschen, die selbst einen Zuwanderungshintergrund haben, sich zu engagieren, sich vielleicht auch im pflegerischen Bereich zu engagieren und ohne, dass sie sich hier explizit die Zahlen dafür angeschaut hätte bzw. da geguckt hätte, gebe es da noch einmal andere Hinderungsgründe, andere Barrieren. Sie würde schon vermuten, dass hier die Barrieren andere sind, als für Menschen, die eben keinen Zuwanderungshintergrund haben. Man sehe es eben auch, wenn man sich die Engagementquoten insgesamt angucke, da sei das Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in der Summe, von den Quoten her etwas niedriger, was sicherlich vielfältige Gründe habe, sicherlich auch Barrieren, interkulturelle Probleme eine Rolle spielten, auch auf Seiten der Organisationen.

Der **Vorsitzende** bittet anschließend Christiane Hinze um ihre Antworten.

Christiane Hinze (DRK Isernhagen) wird versuchen, die Fragen der Ausschussmitglieder zu beantworten. Wenn es Nachfragen gebe, bitte sie, diese gleich zu stellen. Sie wolle auch gern klarstellen, dass sie hier wirklich von der Basis sei. Sie seien die unterste Ebene ehrenamtlicher Arbeit, die es wirklich gebe. Von daher seien für sie viele Betrachtungsweisen wahrscheinlich anders, als wenn die Abgeordneten jemanden da haben, der aus einem Bundesverband spreche.

Abg. Patzelt habe nach nutzbaren Räumen gefragt. Nutzbare Räume seien für sie an der Basis ein ganz, ganz schwieriges Problem, weil sie darauf angewiesen seien, dass die Kommune ihnen Räume zur Verfügung stelle. Diese Räume würden ihnen aber gerne gestrichen oder an Ränder geschoben, weil Platzbedarf in den Kommunen für Horte, Kindergärten, Tagespflege und Sonstiges bestehe. Da habe man schon wirklich das Gefühl, man sei das letzte Glied, das in der Kette dann vielleicht noch einen Anspruch auf diesen Raum habe und gerade noch durch Corona



sei man wirklich gebeutelt. Man habe in ein Restaurant gehen und in diesem Restaurant an einem Tisch mit zehn Personen sitzen dürfen. Das heiße, sie hatzen vielleicht mit zwei oder drei Zehntertischen mit diesen Senioren da Kaffee trinken können. Aber wer solle das bitte bezahlen? Das sei für sie das große Problem. Sie seien auf öffentliche Räume angewiesen. Sie seien darauf angewiesen, dass ihre Damen den Kaffee kochten und den Kuchen einkauften, damit man das gegen einen kleinen Obolus ihren Senioren zur Verfügung stellen könne. Und dieses Problem mit den Räumen habe man gerade als die Zahlen herunter gegangen waren. Als man die Begegnungsstatzen hatzen nutzen können, hatzen sie arbeiten können, denn man habe zum Teil 60 bis 70 Senioren, die zu ihnen kämen. Die könne man nicht einfach bespielen, wenn man sie alle einzeln anrufen solle und Einzelgespräche führen solle, das funktioniere nicht, das kriege man nicht hin, das sei einfach zeitmäßig für sie zu viel. Das sei das, was sie mit den nutzbaren Räumen meine. Man brauche tatsächlich Räume, die so seien, dass ihre Senioren dahin kommen könnten. Isernhagen sei eine dörfliche Struktur mit sieben verschiedenen Orten. Man brauche im Prinzip in jedem Ort einen Raum, in dem man sich treffen könne. Nur diese Räume seien, wie gesagt, dünn gesät. Das sei ihr allergrotes Problem und, dass man eben versuche, sie an den Rand zu schieben.

Wie man ihnen Anerkennung zukommen lassen könne? Das sei bei den Ehrenamtlichen mit Sicherheit nicht das Geld. Man möchte vielleicht, dass auch einmal über sie gesprochen werde. Das wäre sehr schön. Abg. Aggelidis habe danach gefragt. Es wäre gut, wenn, und da sage sie jetzt wieder bewusst „von oben“, einfach einmal angesprochen würde, dass es sie gebe und dass man sie nicht übersehe. Man brauche kein Geld, man brauche einfach nur diese Tatsache, dass man zur Kenntnis genommen werde, dass gesehen werde, dass sie da seien. Ja, man wolle kein Geld, man wolle einfach nur arbeiten können.

Abg. Schulz-Asche habe nach Digitalisierung gefragt. Digitalisierung sei ganz schön, aber habe sie schon einmal versucht, jemanden digital in den Arm zu nehmen oder zu trösten, wenn er Probleme hat? Das funktioniere nicht. Man habe jetzt in der Corona-Zeit viele Telefonate geführt.

Sie habe auch jeden Monat einen Brief mit irgendetwas, „Küsschen für Senioren“ und habe Ferrero Küsschen drauf geklebt, eben kleine Aufmerksamkeiten bei ihnen in der Gemeinde verteilt. Das ersetze aber auch nicht das Treffen, das in den Arm nehmen, das Gespräch unter vier Augen und dieses Gefühl, zusammen zu sein, nicht alleine zu sein. Das sei das Entscheidende und das kriege man leider, gerade bei ihrer Klientel, die natürlich auch die Generation zum Teil 80plus sei, digital nicht wirklich hin. Die Betreuer seien selbstverständlich digital vernetzt. Man treffe sich über Skype oder auch über WhatsApp-Gruppen. Das sei nicht das Problem, aber die Leute, die man in Häkchen „treffen wolle“, die schafften sie digital nicht zu erreichen. Bei den Meisten sei das Telefon, das neueste Gerät, was sie im Haus haben.

Abg. Pahlmann fragte, was bundesweit für sie getan werden könne. Sie habe es schon gesagt, man wolle kein Geld, sie wollten nur genannt werden und es wäre natürlich auch schön, wenn die Abgeordneten es hinkriegten, dass die Menschen oder die Kommunen in ihrem Hinterkopf haben, dass die Arbeit, die man mache, auch eine Wichtigkeit habe.

Die psychische Betreuung, da geben ihr wahrscheinlich die anderen alle Recht, das sei eine unheimlich wichtige Sache für die Menschen, die alleine sind. Sie glaube, diese Situation können sich die Senioren heute, die noch zu zweit seien, die mobil seien, die unterwegs seien, die noch Auto fahren, die eben über die Computer vernetzt seien, die könnten sich diese Situation gar nicht mehr vorstellen. Man solle einmal ihre Enkelin fragen, wenn man der erzähle, ein Handy habe man früher nicht gehabt, das seien alles so Sachen. Die Generationen wandelten sich.

Da müsse sie jetzt auch noch einmal auf Abg. Aggelidis zurückkommen, der gefragt habe: Wie sieht das später aus? Sie denke, die psychische Pflege werde sich in zukünftiger Zeit komplett ändern. Die Generationen, die heute wirklich darauf angewiesen seien, dass man sich Face-to-Face treffe, die werden irgendwo aussterben. Die Generationen, die jetzt nachwachsen, das merkten sie im DRK oder bei ihrer Seniorenbetreuung ganz



extrem, stellten ganz andere Ansprüche. Früher seien die Damen wirklich damit zufrieden gewesen, wenn man sich getroffen, zusammen Kaffee getrunken und zusammen gesprochen habe. Damit locke man von den jüngeren Senioren keinen hinterm Ofen mehr vor, das sei einfach so. Da müsse Stimmung her, da müsse gefeiert werden. Da müsse man andere Angebote machen, ob das Vorträge, Fachvorträge oder sonstige Sachen seien, ob die Polizei komme oder es komme sonst wer. Da müsse eine andere Aktivität her und von daher denke sie, diese ganze Seniorenarbeit werde sich in den nächsten zehn Jahren massiv ändern.

Weiterhin habe sich Abg. Aggelidis nach der Förderung der Ehrenamtlichen erkundigt. Viele von den ehrenamtlichen Menschen, die unterwegs seien, schimpften über die Bürokratie. Sie wisse nicht, ob sich eine/r der Abgeordneten vorstellen könne, wie schwierig das sei, wenn man unten sitze, so wie sie es seien. Sie sage immer, sie seien wirklich das unterste Glied. Es gehe damit los, wenn man für diesen Kaffeenachmittag zwei Euro einsammele, um eine Anerkennung für Kaffee und Kuchen zu haben. Diese ganze Abrechnungen, die man habe, die Ausschussmitglieder sollten bitte nicht fragen: Sie müssten mit ihren Senioren ein Gesundheitszeugnis vorlegen, sie müssten aber auch eine Prüfung machen und das solle man mal einer Hausfrau in der Generation 65+klar machen, dass sie zum Gesundheitsamt fahren müsse. Sie wisse nicht, ob jemand von den Abgeordneten diese Schulung schon gemacht habe, wo einem erzählt werde, man dürfe sich nicht am Anus kratzen, wenn man den Kuchen auf die Teller lege. Die fassten sich an den Kopf. Es seien wirklich Sachen, das müsste alles nicht sein. Es seien aber wirklich die Sachen, die ihnen die Knüppel zwischen die Beine schmeißen. Es seien so viele Kleinigkeiten, die dann wirklich viele Sachen auch einfach verhinderten. Wenn sie bei sich die letzten Jahre bei den Weihnachtsmärkten Kaffee und Kuchen für ihren Seniorenkreis verkauft haben, dass da ein Spuckschutz hin müsse, das sei alles in Ordnung. Man brauche natürlich relativ viele Menschen, die da mithelfen. Warum brauchten die alle diese Gesundheitsschulung? Das müsse sie nicht verstehen. Das seien die Sachen, die sie beschäftigten.

Abg. Aggelidis habe zum Schluss auch gefragt, wie sich die nächsten Jahre änderten, ob man mehr Pflege brauche. Ja, man brauche mehr Pflege. Die Alterspyramide sei so, dass wir Menschen immer älter würden. Sie wisse, dass sie sich jetzt um die Älteren kümmere, aber wie das später einmal aussehe, wenn sei so alt sei und Hilfe brauche, das wisse sie nicht. Sie hoffe, dass ihre Söhne das einmal für sie übernähmen oder ihre Schwiegertöchter oder vielleicht auch ihre Enkel. Sie wisse nicht, wie es weitergehe. Sie habe damals im Alter von Mitte 30 angefangen, sich ehrenamtlich zu beschäftigen. Das solle man heute einmal einer berufstätigen Frau mit zwei Kindern sagen, dass sie sich noch ehrenamtlich im DRK oder in den anderen Vereinen engagieren solle. Das sei verdammt schwierig. Damals sei sie auch berufstätig gewesen, aber nicht den ganzen Tag. Sie habe es machen können. Das gehe in der heutigen Zeit nicht. Die Zeiten hätten sich wirklich sehr geändert und daher sehe sie in vielen Situationen schwarz für ehrenamtliche Arbeit. Sie sehe es verstärkt, dass Leute, wenn sie in Rente gehen, das sei die Generation dann 68+, dass die, wenn sie noch fit seien und das seien heute viele Senioren, dass sie sich beschäftigten, das sehe sie. Aber, dass man junge Leute in ehrenamtliche Beschäftigungen, gerade was psychische Pflege angehe, bekomme, da sehe sie sehr schwarz. Sie habe jetzt alles durcheinander beantwortet. Sie hoffe, sie habe alles getroffen, wenn nicht, bitte sie, einfach noch einmal nachzufragen.

Der **Vorsitzende** dankt Christiane Hinze und gibt das Wort an Ursula Helms.

Ursula Helms (wir pflegen e.V.) führt aus, auch sie habe hier ein Feuerwerk von unterschiedlichsten Fragen. Sie würde gern noch einmal ergänzen, was Frau Hinze gesagt habe, weil sie die gleichen Probleme und die gleichen Ansatzpunkte habe. Die eine Frage zu den Räumen in den Kommunen. Da stehen sie auch oft mit an, weil für das Treffen von Selbsthilfegruppen eben oftmals die Räume nicht mehr groß genug seien. Das heiße, sie brauchten größere Räume, damit sich die Gruppe tatsächlich auch treffen könne. In den Selbsthilfe-Kontaktstellen seien diese Räume in dem Umfang meistens nicht da und man habe große Probleme,



Räume zu finden.

Abg. Schulz-Asche und die Frage zu der fachlichen Unterstützung, Unterstützung von pflegenden Angehörigen. Gerne würde sie dem Ausschuss zur Verfügung stellen, was ihr Verein bisher auch schriftlich formuliert habe. Da sei das dann tatsächlich alles untereinander gesetzt und systematisiert. Sie hätten sowohl die Frage, die Bedarfe beschrieben als auch ein Papier zum Thema „Entlastungsbudget“, das heiße, diese grundsätzliche Frage nach Flexibilisierung und Entbürokratisierung von Entlastung, die tatsächlich dann auch dort ankomme, wo sie gebraucht werde. Man habe sich auch zum Thema „Vereinbarkeit Pflege und Beruf“ geäußert, man habe an der Stelle auch in dem Arbeitskreis des Familienministeriums mitgearbeitet, sehe aber keine Umsetzung von den vielen Fragen. Man stelle aber auch fest, dass man sich an vielen Punkten natürlich auch weiter mit diesem Thema beschäftige. Jetzt kürzlich erst habe man überlegt, ob es nicht Sinn machen würde, die U1-Erstattung der KMUs für die Pflegezeit einzuführen, die habe man im Moment ja für die sechswöchige Krankschreibung. Vielleicht wäre das ein Weg, den man nehmen könnte. Man habe gerade auch noch einmal den großen Unterschied zwischen Land und Stadt festgestellt, gerade in der Umsorgung vom pflegebedürftigen Menschen. Sie denke, dass da an der Stelle die Bundesseite ohnehin dran sei, mit Blick auf die gleichwertigen Lebensverhältnisse. Aber es gebe nicht in jedem Bundesland Pflegestützpunkte. Das sei den Ländern freigegeben. Es gebe deshalb nicht in jedem Bundesland eine Beratung, schon gar nicht eine telefonische Beratung und schon gar nicht zu Zeiten, wo pflegende Angehörige dann tatsächlich einmal können, vielleicht einmal abends. Die Abgeordneten sähen, sie könne ganz viele Punkte anbringen. Es gebe wirklich sehr viele Hinweise und Überlegungen, die man schon eingebracht habe. Wie gesagt, sie stellten das gerne zur Verfügung. Sie freue sich, wenn sie das tun dürften und einfach einmal zuschicken könnten.

Gleichermaßen seien sie hier auch in der Zeit von Corona vorrangegangen. Da seien sie sehr glücklich, dass zumindest jetzt vorübergehend die 10 Tage auf 20 Tage aufgestockt worden seien. Man wünsche sich, dass das auf Dauer so bleiben

könne. Man habe sehr wohl auch dargelegt, was einzelne pflegende Angehörige beschrieben hätten, was ihr Bedarf sei. Ganz besonders sei ihr eine Ärztin in Erinnerung, allein lebend, mit ihrer demenzkranken Mutter, wo alle Dienste weggebrochen seien und die alles versucht habe, von ihrem Arbeitgeber -sogar einen unbezahlten-Urlaub zu bekommen, den sie nicht bekommen habe, weil sie auf der Seite im Krankenhaus als systemrelevant, erforderlich angesehen worden sei. Was nicht gesehen werde, sei die Systemrelevanz der pflegenden Angehörigen, also dass diese Frau, Tochter, Ärztin, eben ihre Mutter zu Hause pflege nach dem Wegbrechen aller anderen auch Entlastungs- und Unterstützungsangebote. Es sei nicht gesehen worden. Es sei in der Zeit viel über Eltern mit ihren Kindern im Homeoffice geredet worden, aber von Kindern oder Partnern oder anderen, die sich um pflegebedürftige Menschen in dieser Corona-Zeit kümmerten, in der ja die Pflegeheime nicht die Hilfe, sondern das Problem gewesen seien, also tatsächlich da, wo die Ausbrüche gewesen seien, dass das da vorgehe. Also wie gesagt, sie wolle da jetzt aufhören. Die Ausschussmitglieder sähen, das sei ein Thema, das sie sehr beschäftige, dass man auf dem Lande keine Angebote habe, dass man Unterstützung brauche, auch zu außergewöhnlichen Zeiten.

Das führe auch noch einmal zu der Frage von Abg. Werner. Sie habe jetzt auch schon ein bisschen dieses Thema Corona angesprochen, was sie gefragt hatte. Die 20 Tage habe man wichtig gefunden.

Im Kontext von Corona, die Systemrelevanz pflegender Angehöriger anzuerkennen. Sie zitiere noch einmal Frau Hinze, dass die Anerkennung auch der Bundespolitik komme, in dem man über sie spreche, dass gesehen werde, was sie tun, dass man dieses anerkenne, dass auch in einem Freiwilligensurvey danach gefragt werde, wer Zuhause pflege, dass auch in dem Mikrozensus gefragt werde, wer pflege, wer gepflegt werde. Zu der Frage welche Dauer und welche Bedarfe? Sie denke, dass diese grundsätzliche Frage, Wissen zu generieren darüber, in wieviel Haushalten gepflegt wie viele Menschen wen, also jung pflegt alt, alt pflegt jung oder alt pflegt alt, dass man da einfach mehr Wissen haben möchte. Das wäre für



sie schon Anerkennung. Wenn die Politik tatsächlich Wege suchen würde, das überhaupt einmal zu erfragen.

Ein Teil der Würdigung, auch eine etwas kreative Idee, sei ein Beispiel aus Schottland. In Schottland hätten pflegende Angehörige, die tatsächlich erfasst seien, die auch bekannt seien, einen gesonderten Ausweis bekommen und durften zu bestimmten Zeiten einkaufen gehen, also außerhalb der großen Zeitfenster, in denen eben alle einkaufen gingen. Ein weiteres Beispiel, noch einmal die Ärztin in Zeiten der Corona-Krise, die eben arbeiten müsse, aber auch erst abends einkaufen gehen konnte und teilweise Sachen nicht mehr gefunden habe, weil diese Hamsterkäufe einfach verhindert hätten, dass die Sachen noch da waren. Also einen Vorrang zu geben, also insoweit auch kreative Ideen. Auch da stehe man gerne zur Verfügung für weitere auch schriftliche Informationen. Sie glaube, das würde sonst hier den Rahmen sprengen.

Für sie, das dürfe sie ganz kurz zum Thema „Mikrozensus“ noch einmal zusammenfassend sagen, sei es eigentlich ein Skandal, dass man nicht überhaupt danach frage, ob Pflege im Haushalt passiere. Und diese Frage, dass man mehr Wissen erhalte darüber, wie viele Menschen in wieviel Haushalten gepflegt werden und über die Dauer der Zeit vielleicht auch intensivere Informationen noch erhalte. Sie halte es für auch einer Art von Wertschätzung, das habe sie schon betont.

Der **Vorsitzende** dankt Frau Helms und bittet die Mitglieder des Unterausschusses, die für eine zweite Runde noch Fragen haben, sich über den Chat zu melden. Er werde die Wortmeldungen dann entsprechend vormerken, damit die zweite Fragerunde in einer Art Blitzlicht-Format noch absolviert werden könne. Anschließend bittet er Käte Roos um ihre Antworten.

Käte Roos (eKH) dankt allen für die interessante Fragerunde. Eine Frage sei zu ihrem professionell vorgetragenen Ehrenamt gewesen. Das decke sich mit vielen anderen Fragen und zwar brauche man grundsätzlich, wenn Menschen ins Ehrenamt gehen, auch ein Angebot der Fortbildung dazu. Das versuchten sie in ihrem Verband auch

flächendeckend zu organisieren, indem die Menschen, die ins Ehrenamt gingen auch das Angebot hätten, sich z. B. über Gesprächsführung oder den Umgang mit Demenzerkrankten auch ein Stück weit zu bilden. Das sei eine Förderung, die auch noch Unterstützung brauche.

Abg. Dr. Diaby habe sie gefragt, wie sie sich Unterstützung vorstelle. Ehrenamt müsse unterstützt werden, nicht nur in Anerkennung, die brauche man, wie von den Vorrednerinnen ausgeführt, aber man brauche sie auch finanziell. Es müsse ein Regelsystem in den Sozialgesetzen gesucht werden, das Ehrenamtlichkeit dort unterstütze, wo Ehrenamt auch Pflege eine Stück unterstützen soll. Man könne nicht fachliche Pflegeberufe mit Ehrenamt füllen, sondern man müsse dann Parallelität herstellen, auch in den Bildungsfragen. Hier solle keiner den anderen ersetzen. Es solle kein Ehrenamtler ein Hauptamt ersetzen, aber es müsse ein Miteinander auf Augenhöhe in einer gewissen Professionalität geben und die habe man noch lange nicht. Sie machten im Verband sehr viel Bildungsarbeit. Man habe eine Struktur, Bund-Länder-Gruppen vor Ort. Dort werde immer geschaut, welcher Bedarf da sei. Aber man könne ihn nicht decken, dazu habe man die finanziellen Mittel nicht. Ungefähr 60 Prozent, habe Frau Dr. Simonson gesagt, wünschten sich Bildung, Fortbildung. Ja und genau das stelle man fest, ihre Ehrenamtler seien sehr motiviert, Fortbildungen wirklich auch wahrzunehmen.

Vorhin seien ländliche Räume ein Punkt gewesen. Das sei eben von den Vorrednerinnen auch noch einmal angesprochen worden. Sie komme aus einem Bundesland, das sehr viele leerstehende Räume in den Kommunen habe, diese leerstehenden Räume häufig aus finanziellen Gründen nicht vorgehalten werden könnten, renoviert werden könnten. Hier müsse die Politik genauer hinschauen, Bund- wie Länderpolitik. Wie könnten Räume im ländlichen Raum benutzt werden, in den kleinen Kommunen, damit diese Arbeit, die beide Vorrednerinnen, Frau Hinze und Frau Helms, gerade angesprochen haben, dass dieses umgesetzt werden könne? Sie hätten z. B. eine alte Schule eingerichtet. Diese alte Schule habe vorher 18 Dörfer mit Bildung versorgt, sie versorge jetzt 18 Dörfer mit Gesundheit, mit Pflege



mit Begegnungen und sonstigen Dingen. Solche Inseln dürften nicht Inseln bleiben, sondern müssten ineinandergreifen. Da fehle es in den ländlichen Räumen sehr stark an solchen Unterstützungsbereichen.

Der nächste Punkt in ihren Fragen sei hier auch noch die Digitalisierung gewesen. Auch die müsse für die Ehrenamtler stärker zur Verfügung stehen. Eine Grüne Damen, ein Grüner Herr, der regelmäßig in seinen Dienst gehe, müsse heute auch erreichbar sein über die Digitalisierung, die gerade im ländlichen Raum auch wieder zu wünschen übrig lasse. Sie glaube, so in großen Zügen habe sie die Fragen, die an sie gegangen seien, beantwortet. Viele Dinge seien von den Vorrednerinnen sehr in der praktischen Arbeit ja umgesetzt worden. Und, das Ehrenamt werde in der Pflege stärker gebraucht werden denn je. Hier müsse Jung und Alt auch angefragt sein.

Der **Vorsitzende** dankt Frau Roos und informiert, dass für eine letzte kurze Fragerunde bisher zwei Wortmeldungen vorliegen. Er bittet noch einmal darum, dass die Kolleginnen und Kollegen, die noch eine Frage haben, das bitte im Gruppenchat ganz kurz zur Kenntnis geben. Er schlägt vor, dass der Fragesteller bitte ganz konkret angibt, an wen sich die Frage richte, dann müssten zur Antwortrunde nicht mehr pauschal alle Expertinnen aufgerufen werden. Die erste Frage der zweiten Runde stelle Abg. Patzelt.

Abg. **Martin Patzelt** (CDU/CSU) dankt für die vielen Anregungen und fragt Frau Hinze, ob sie sich vorstellen könne, dass Kirchengemeinden oder die örtliche Wirtschaft Räume zu Verfügung stellten, die ja jetzt gerade auch nicht immer so genutzt würden.

Die zweite Frage gehe an Frau Springer: Könne sie sich vorstellen, dass besondere bevorzugte Testbedingungen in der Corona-Zeit Ehrenamtlichen helfen würden, den Zugang und das Vertrauen zu den von ihnen Betreuten auch zu befördern?

Die dritte Frage gehe eigentlich an alle. Er wisse nicht, wer sich dazu äußern wolle. Man habe ja den Freiwilligen Sozialen Dienst, der auch in den Pflegediensten mitarbeite. Man mache gute

Erfahrungen damit. Könnten sie sich vorstellen, dass auch eine Kooperation zwischen solchen jungen Menschen, vielleicht später auch einmal in einem Pflichtjahr, was er auch befürworte, aber das eine solche Kooperation stattfinden könne?

Der **Vorsitzende** erteilt Abg. Pahlmann das Wort.

Abg. **Ingrid Pahlmann** (CDU/CSU) gibt an, sie habe eigentlich gar keine große Frage. Sie nehme einfach mit, dass man wirklich eine Ergänzung von Hauptamt und Ehrenamt brauche, keine Ersetzung, dass es eine bessere Wahrnehmung brauche und man sich als Politik definitiv kümmern müsse, dass diese ganzen Aspekte der pflegerischen Tätigkeit von Angehörigen oder Ehrenamtlichen mit in den Zensus aufgenommen werden sollen.

Eine kleine Sache, die Abg. Martin Patzelt eben erwähnt habe, die würde sie auch einmal in den Raum stellen. Es sei wirklich eine Aufgabe für die Abgeordneten, diesen Bereich mit als systemrelevant anzuerkennen und auch zu überlegen, ob man wirklich den Zugang zu Schnelltests, um viele Dinge zu ermöglichen, die momentan nicht ermöglicht werden könnten, ein bisschen nach vorne hole.

Frau Helms habe das Angebot gemacht, dass sie dem Unterausschuss noch weitere Beispiele von Möglichkeiten der Würdigung zukommen lasse. Darum würde sie sehr bitten.

Der **Vorsitzende** dankt, die letzte Frage stelle nun Abg. Werner.

Abg. **Katrin Werner** (DIE LINKE.) richtet noch einmal eine Frage an Frau Helms, weil sie es gerade kurz angesprochen habe. Ihr Verein setze sich für dieses Entlastungsbudget ein, das ja auch im Koalitionsvertrag vereinbart worden sei. Könne sie da vielleicht noch einmal ganz kurz ausführen, warum es eben für die Stärkung des Engagements wichtig sei? Weiterhin böten sie eine App an, „in.kontakt.“ Jetzt sei auch über Selbsthilfegruppen oder Initiativen gesprochen worden und es sei auch eine Art, über eine App Initiativen regional auszubauen. Könne sie noch einmal ganz konkret darauf eingehen, welche Erfahrungen sie aus diesem Projekt inzwischen



hätten und ob man da Potenziale für das bürgerschaftliche Engagement sehe?

Der **Vorsitzende** schließt die Fragerunde und erteilt Christiane Hinze zur Beantwortung der an sie gerichteten Fragen das Wort.

Christiane Hinze (DRK Isernhagen) antwortet sehr gerne auf die Frage von Abg. Patzelt. Die Kirche habe natürlich Räume, die Kirche habe leider auch eigene Gruppen darin. Sie seien natürlich ständig im Gespräch, aber sie hätten nicht nur ihre Seniorengruppe, die haben die Konfirmandengruppe und alles Mögliche darin. Das große Problem, was man habe, es handle sich, wie gesagt, um eine Flächengemeinde. Es gebe sieben Ortschaften und zwei Kirchen. Schon allein daran könne Abg. Patzelt sehen, dass es für die anderen fünf Ortschaften nicht möglich sei, dahin zu kommen, denn sie müssten die Räumlichkeiten auch fußläufig anbieten, damit die Leute dann auch teilnehmen könnten. Leider sei es bei ihnen über die kirchlichen Räume nicht machbar, aber daran gedacht habe man.

Der **Vorsitzende** dankt Frau Hinze und gibt als nächstes das Wort an Kyra Springer.

Kyra Springer (Initiative aktiv55plus) geht auf die Frage von Abg. Patzelt nach dem Angebot besonders begünstigter Testverfahren ein und antwortet, ja, das könnte ihnen helfen. Aber die große Sorge sei ja, selbst wenn man jetzt teste, sie hätten am Anfang die Idee gehabt, hier in den täglichen Jour fixen, die man am Anfang der Situation gemacht habe, sich testen zu lassen, und wenn sie alle schon Corona gehabt hätten, ohne, dass sie es gemerkt hätten, seien sie immun und könnten raus und ihr Engagement ausleben. Das sei alles nicht so. In ihrer konkreten Situation wäre es in Einzelfällen gut, aber nicht über alle Maßnahmen. Wenn die Möglichkeit bestünde, das wäre schön.

Der **Vorsitzende** dankt Frau Springer. Den Schlusspunkt setze Frau Helms.

Ursula Helms (wir pflegen e.V.): Abg. Pahlmann habe nach weiteren Materialien gefragt, wofür sie dankbar sei und die sie gern zuschicke.

Auch zur Frage von Abg. Werner nach dem Entlastungsbudget sende sie gern noch einmal etwas zu. Das sei in der Tat auch im Koalitionsvertrag vereinbart gewesen, dass dieses kommen solle, um mehr Flexibilität und weniger Bürokratie in der häuslichen Pflege zu verursachen. Da sollten Kombinationsmöglichkeiten, die bisher unterschiedliche Leistungstöpfe mit unterschiedlichen gesetzlichen Grundlagen ergeben, zusammengelegt bzw. alternierend oder substituiert werden können. Man sei dazu auch der Auffassung, dass Kurzzeitverhinderung und Tagespflege da auch zusammengepackt werden könnten, denn es sei ja mit mitnichten in jedem Landkreis überhaupt z. B. eine Tagespflege möglich. Das heiße, das sei ein ins Leere laufendes Recht, wenn es diese Möglichkeit gar nicht gebe. Sie erwarteten und da gebe es im Moment, glaube sie, sogar einen Vorschlag, der aus dem Bundesgesundheitsministerium gekommen sei, das insgesamt drei Bereiche zusammenfassen möchte. Sie seien da noch einmal konkret geworden und das würde sie auch gerne schriftlich mitschicken.

Zur Frage der App. Das sei ja ein Vorgang, eine App, die man tatsächlich jetzt mit Hilfe eines vom Bundesministerium für Gesundheit geförderten Modellprojektes eingeführt habe, auch mit dem Ziel, dass Menschen sich einerseits digital austauschen, das sei halt die App, aber sie wollten auch erfahren, welche Auswirkungen habe das oder wie könne man das auch nutzen, um Menschen dafür zu gewinnen, sich dann auch tatsächlich Face-to-Face zu treffen, also als Selbsthilfegruppe zu etablieren. Denn sie hätten auch festgestellt, sie sage das jetzt einmal mit ihrem anderen Hut NAKOS, dass die junge Selbsthilfe zwar auch sehr digitalaffin sei, aber alle das große Bedürfnis hätten, sich tatsächlich persönlich zu treffen. Das heiße, die Erfahrung die sie gemacht hätten in der App sei, dass in der Tat, Menschen sich finden könnten, dass Menschen miteinander in Kontakt treten könnten, sich dann aber gerne außerhalb der App auch treffen. Was natürlich jetzt zur der Zeit von Corona dann schon wieder nicht mehr möglich gewesen sei. Man habe auch festgestellt, dass es sehr wohl notwendig sei, fachliche Informationen anzubieten. Also nicht alle Menschen, die in der



App registriert seien, seien aktiv dabei, sich einzubringen. Viele kämen rein und wollten in der Tat Informationen von anderen, aber auch von Professionellen haben, um eigentlich überhaupt erst einmal Wissen für sich selber generieren zu können. Da sei man jetzt gerade dabei, noch einmal mehr Menschen tatsächlich dazu zu bewegen, ihre eigenen Erfahrungen auch einzubringen. Aber tatsächlich sei es erstaunlich, dass das als Hilfsmittel, als wunderbare Kontaktmöglichkeit entsprechend des Namens „in.kontakt“ gefunden werden könne, dass der persönliche Austausch aber immer noch präferiert werde. Das einmal in aller Kürze zu den Erfahrungen mit dem Projekt. Das Potenzial sei sicherlich auch noch da. Man suche beispielsweise engagierte Menschen, die zu bestimmten einschlägigen Themen ihre eigene Professionalität zur Verfügung stellten, damit man diese auch als Wissen anbieten könne im Sinne von digitalen Seminaren oder von Angeboten etc., also eine Zusammenarbeit auch mit dem professionellen Bereich, der sich hier ihnen ehrenamtlich zur Verfügung stelle. Man sei gerade dabei, den Bericht zu schreiben. Das Projekt laufe jetzt zum Ende des Jahres aus und da werde es auch noch einmal ein Gesamtresümee geben. Man stelle fest, dass mit der App die pflegenden Angehörigen auch nicht besonders leicht zu erreichen seien. Pflegende Angehörige, das wisse

man für alle Bereiche, auch im Bereich Unterstützung durch Selbsthilfegruppen, seien so eingebunden, dass sie eigentlich Schwierigkeiten hätten, da rein zu kommen, sich mit anderen auszutauschen. Man glaube, dass solche eine App hilfreich sei, aber sie wünschten sich noch ein paar mehr Tausend Leute in der App als man jetzt habe.

Der **Vorsitzende** dankt abschließend allen Expertinnen dafür, dass sie heute dem Unterausschuss fachkundig Rede und Antwort gestanden und den Abgeordneten vertiefte Eindrücke zum Thema „Engagement in der Pflege“ verschafft haben. Er verabschiedet sodann die Sachverständigen sowie die Zuschauer/innen der live-Übertragung und wünscht allen, dass sie gesund bleiben mögen sowie einen schönen Nachmittag.

Tagesordnungspunkt 3

Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Schluss der Sitzung: 13:48 Uhr



Alexander Hoffmann, MdB
Vorsitzender



Stellungnahmen der Sachverständigen

	Seite
Ursula Helms (UA-Drs. 19/060)	26
Kyra Springer (UA-Drs. 19/061)	29
Käte Roos (UA-Drs. 19/061a)	38

Ursula Helms
Deutscher Bundestag
Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“
Dienstag, 3. November 2020

Fachgespräch zum Thema „Engagement in der Pflege“

Engagement in der Pflege – ein Ehrenamt?

Aus der Einladung: „Ehrenamtliches Engagement ergänzt auch im Pflegebereich die Arbeit der hauptamtlich Beschäftigten.“

Ehrenamt ist nach dem Duden ein „[ehre[n]volles] (besonders öffentliches) Amt, das überwiegend unentgeltlich ausgeübt wird.“

Ehrenamt wird von den Handelnden i.d.R. ausgeführt, um (auch) etwas für sich selbst zu tun (z.B. Verstärkung des eigenen Wertekanons). Ein Ehrenamt ist von den Handelnden jederzeit im Umfang beeinflussbar. Die Tätigkeit pflegender Angehöriger ist primär auf die Interessen eines Nahestehenden und dessen Wohlbefinden ausgerichtet: „Sorge um Angehörige ist moralische Pflicht“. Und Engagement.

„Bürgerschaftliches Engagement bedeutet Vielfalt, und erst in diesem weiten Verständnis, das all diese vielfältigen Tätigkeiten einbezieht, erschließen sich die Dimensionen dieser Aktivitäten und ihre Bedeutung für unser Gemeinwesen.“

Quelle: Deutscher Bundestag Drucksache 14/8900 14. Wahlperiode 03. 06. 2002 Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft S.2

Pflege geht uns alle an

2017:

3,41 Millionen Menschen pflegebedürftig im Sinne des SGB XI

Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung 4,1%

Statistisch 8,2 % aller Haushalte in Deutschland in Aufgaben der Pflege eingebunden

Robert-Koch-Institut 2015: 6,9 % der erwachsenen Gesamtbevölkerung versorgt pflegebedürftige Angehörige und Zugehörige, davon fast zwei Drittel Frauen (8,7 %) und gut ein Drittel Männer (4,9 %)

Barmer Pflereport 2015: durchschnittliche Pflegedauer: 6,7 Jahre

Sozioökonomischer Panel (SOEP) 2014: durchschnittlich 3 Stunden Pfleretätigkeit / Tag

Infratest 2010: 4,4 Stunden in Pflegestufe I bis 8,7 Stunden in Pflegestufe III

Pflegesituation ist divers

Pflege, Unterstützung und Begleitung chronisch kranker und behinderter Kinder, Geschwister, Eltern, Großeltern oder Partner*innen. Aber auch immer mehr „Wahlverwandschaft“.

Einkauf für oder Begleitung von chronisch kranken oder hochbetagten Menschen zu ärztlicher Behandlung durch die Nachbarschaft.

Unterstützung der Pflegenden und Unterstützenden durch Freunde, Nachbarschaft, Verwandtschaft.

Gepflegt wird in jedem Alter. Schon 6-7 % der 12-17 - jährigen Kinder übernehmen Pflege und Sorgearbeit bei häuslich gepflegten Angehörigen (ZQP 2016, Fachstelle für pflegende Angehörige Berlin 2017, Metzging 2018).

Auch Zuwanderungs-Communities kommen in das Alter, in dem Pflege eine wesentliche Rolle spielt. Gleiches gilt für die (geouteten) Communities sexueller Vielfalt.

Engagement in der Pflege überwiegend durch Frauen

Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil pflegender Angehöriger insbesondere bei den Frauen schnell an. In der Altersgruppe der 55- bis 69-Jährigen ist der Anteil der privaten Pflegepersonen am höchsten: 11,9 % der Frauen, 6,0 % der Männer.

Quelle: Wetzstein M, Rommel A, Lange C (2015). Pflegende Angehörige – Deutschlands größter Pflegedienst Hrsg. Robert Koch – Institut, Berlin. GBE kompakt 6(3) S.4
http://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsK/2015_3_pflegernde_angehoerige.html?nn=5945060

Häufig leidet hierunter auch die berufliche Entwicklung sowie die Altersabsicherung von Frauen. Pflege führt damit zu Altersarmut, gerade bei Frauen.

Engagement der Pflegenden und Unterstützenden nicht ausreichend gewürdigt

Die privat Pflegenden werden nicht angemessen gewürdigt und unterstützt. Erforderlich ist eine wertschätzende Wahrnehmung dieses Engagements im Umfeld von Pflege. Eine Erhebung und Veröffentlichung von Daten zum Umfang des Engagements ist anzustreben. Schätzungen gehen von einer Wertschöpfung von etwa 45 Milliarden Euro aus. Gleichzeitig sind pflegende Angehörige zwischen 30-50% häufiger von Erkrankungen des Herz- Kreislaufsystems, des Skelettsystems und der Psyche betroffen.

Unterstützungsangebote müssen vielfältig sein, nutzbringend in die individuelle Situation eingeordnet werden können und das Ziel der Selbstbestimmung gemäß § 2 Absatz 1 Satz 1 SGB XI sowohl für die pflegebedürftigen Menschen als auch für die sie Pflegenden berücksichtigen. Dazu braucht es eine Flexibilisierung der für die Entlastungsangebote eingestellten finanziellen Mittel, z.B. über ein Entlastungsbudget.

Mit uns, nicht über uns!

Die häusliche Pflege musste 2020 aufgrund der Corona-Pandemie alle Kürzungen der Pflegeunterstützung auffangen. Dies hat pflegenden Familien schwerwiegende zusätzliche Belastungen auferlegt.

Zur Verbesserung der oft prekären Situation in der häuslichen Pflegeunterstützung muss die Stimme der pflegende Angehörige in Zukunft in allen bundesweiten, länderspezifischen und kommunalen Pflegegremien vertreten sein.

wir pflegen e. V. fordert alle Pflegeverantwortlichen zu einer systematischen Überprüfung aller Planungsgremien auf, um ab 2021 sicherzustellen, dass repräsentative Vertreter von pflegenden Angehörigen automatisch/von Rechts wegen in alle pflegespezifischen Gremien eingeladen werden.“

Ursula Helms

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

wir pflegen

Interessenvertretung und Selbsthilfe pflegender Angehöriger e. V.

Alt-Moabit 91, 10559 Berlin

Registergericht Berlin VR 37451 B

www.wir-pflegen.net

uhelms@wir-pflegen.net



Engagement in der Pflege

Deutscher Bundestag

Unterausschuss
„Bürgerschaftliches Engagement“

UA-Drs. 19/061

Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement
Deutscher Bundestag
3. November 2020

Gliederung






1. Kurzdarstellung aktiv55plus
2. Beiträge zur Pflege
3. Den Herausforderungen begegnen

Kurzdarstellung aktiv55plus

- 2002 bis 2004 Demonstrationsprojekt der Weltgesundheitsorganisation (WHO), siehe <http://www.aktiv55plus.de/files/aktiv55plus/Inhalte/Dokumente/Informationen/Abschlussbericht%20WHO.pdf>
- 2004 Gründung des Trägerverein aktiv55plus Radevormwald e.V.
- 2005 Übernahme der kommunalen Senioren-, Wohn und Pflegeberatung
- Ergänzende Informationen via <http://www.aktiv55plus.de/startseite.html>

Kurzdarstellung aktiv55plus

Derzeit gehören unter anderem zu dem Portfolio von aktiv55plus

-  Senioren-, Wohn- und Pflegeberatung
-  Aktivierende Hausbesuche
-  BESK75+ (Begleitete Entlassung von Senioren aus dem Krankenhaus)
gemeinsames Projekt mit dem lokalen Sana Krankenhaus
-  Unterstützung diverser Selbsthilfegruppen
-  Unterstützung diverser Aktivitäten wie z. B. Rader Hilfsbörse, offene Sprechstunde zu digitalen Medien, ausgetrickst – wider der Gaunerei, Reparatur-Treff, Einkaufshilfe, einfach-mal-reden

Kurzdarstellung aktiv55plus

Derzeit gehören unter anderem zu dem Portfolio von aktiv55plus

- Ansprechpartner für Bürger*innen
- Organisation und Durchführung von Veranstaltungen und Fachtagen
- Netzwerkarbeit regional und überregional, auch international
- Unterstützung der Mitgliedschaft der Stadt in Initiative der WHO *Age friendly Cities & Communities*
- Engagement auf politischer Ebene

Beiträge zur Pflege

- Das Ausüben bürgerschaftlichen Engagements entlastet die Pflege durch die der Aktivität inhärente Gesundheitsförderung.
- Entlastung der lokalen Pflegesituation durch die Übernahme von Aktivitäten (z. B. Informationen bei Anfragen zur Pflege).
- Unterstützung des Prinzips *ambulant vor stationär*.
- Aufschub der Inanspruchnahme von Leistungen gemäß Sozialgesetzbüchern.

Beiträge zur Pflege

- Entlastung der angespannten Situation auf dem Markt der Mitarbeitenden in ambulanten Pflegediensten (z. B. Einkaufshilfe).
- Gewinn von Ressourcen (z. B. Beratung „ausgetrickst!“, Reparatur-Treff).
- Entlastung der im Arbeitsprozess tätigen An- und Zugehörigen.
- Optimierte Prävention und Prophylaxe (z. B. Selbsthilfegruppen, einfach-mal-reden).

Den Herausforderungen begegnen

Aktivierende, präventive Hausbesuche als bundesweites Regelangebot.

Hauptamtliche Arbeit

-  identifiziert
-  koordiniert
-  vernetzt
-  organisiert

Bürgerschaftliches Engagement

-  unterstützt Mitbürger*innen
-  entlastet hauptamtliche Arbeit


=> Entlastung der Situation in der Pflege




Herzlichen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit.

aktiv55plus e. V.
Schloßmacherstr. 2
42477 Radevormwald

www.aktiv55plus.de

 kyra.springer@aktiv55plus.de

 02195 9277 353

aktiv55plus

Fachgespräch

Deutscher Bundestag
Unterausschuss
Bürgerschaftliches Engagement
Ausschussdrucksache
UA-Drs.19/061a



Grüne Damen und Herren fordern einen Sonderstatus für den ehrenamtlichen Besuchsdienst

Berlin, 3. November 2020, Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ im Deutschen Bundestag

Angesichts der sozialen Isolation von alten und kranken Menschen in Einrichtungen während der Corona-Pandemie plädiert die Evangelische Kranken- und Alten-Hilfe (eKH) für einen Sonderstatus für die ehrenamtlich tätigen Grünen Damen und Herren. So solle ein generelles Besuchsverbot in Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen zur Eindämmung der Pandemie nicht für Ehrenamtliche gelten. Mit dem an konkrete Vereinbarungen gekoppelten Status könne die Begleitung und Versorgung von vulnerablen Gruppen in diesen Einrichtungen mit bestmöglichem Schutz für beide Seiten gewährleistet werden.

Durch den Lockdown im Frühjahr sind in vielen Einrichtungen die Grünen Damen und Herren von ihrem Besuchsdienst ausgeschlossen wurden. So seien hilfsbedürftige Menschen in der Sondersituation eines Klinik- oder Heimaufenthaltes unvermittelt auf sich zurückgeworfen worden, ohne dass die hauptamtlich Mitarbeitenden die entstandene Lücke in der Begleitung hätten auffangen können. Es liegen Berichte vor, dass die Betroffenen lange andauernde medizinische Reha-Maßnahmen abgebrochen haben, sich Heilungsprozesse verzögerten oder in Altenheimen, vor allem dementiell erkrankte Menschen, unter besonderen Belastungen stehen, die normalerweise durch den Dienst der Ehrenamtlichen minimiert werden können.

Die Qualität unserer Besuchsdienste wird mit verschiedenen Weiterbildungsangeboten gewährleistet. Die Qualifizierung ehrenamtlich tätiger Grüner Damen und Herren ist eine der Kernaufgaben der eKH. Sie stärkt das Selbstbewusstsein der Ehrenamtlichen und bietet so auch mehr Sicherheit für den Besuchsdienst im Krankenhaus und in den Altenhilfeeinrichtungen. Die eKH-Qualifizierungsmaßnahmen sind in Form von Basis- sowie Mentoren-Schulungen modular aufgebaut. Die breite flächendeckende Qualifizierung eines freiwilligen Engagements, insbesondere von Besuchsdiensten, ist nicht selbstverständlich, hat aber in der eKH von Anbeginn seit 50 Jahren Tradition.

Dies Professionalisierung des Besuchsdienstes ermöglicht auch in dieser Ausnahmesituation einzelne Grünen Damen und Herren ihren freiwilligen Dienst zu tun. Diese persönliche Entscheidung hängt auch vom Alter als auch davon, ob sie selber oder gar Familienangehörige zur Risikogruppe gehören oder nicht. Gleichwohl ist ein Sonderstatus für den Dienst der Grünen Damen und Herren bei den politischen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie unabdingbar, damit sie nicht unter das generell Besuchsverbot fallen und die

Versorgungssituation nicht erneut einbrechen zu lassen. Auf der Ebene von Einrichtungen habe sich der Status als „Gastmitarbeiter“ in einzelnen Kliniken schon bewährt. Er ermögliche in Absprache mit den Einrichtungen die Fortsetzung der Begleitung der Patienten und Bewohner von Einrichtungen der Altenhilfe, die auf Hilfen angewiesen sind. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die Personalsituation auf vielen Stationen ohnehin sehr angespannt sei.

Zur Unterstützung der Wiederaufnahme des ehrenamtlichen Besuchsdienstes in diesem Sommer hat der Verband mit einem fachlich fundierten Hygienekonzept für die Grünen Damen und Herren Standards festgelegt, die sowohl die Ehrenamtlichen als auch die Personenkreise, für die sie tätig sind, schützen. Auch für die stufenweise Rückkehr der Grünen Damen und Herren in die Einrichtungen liegen für das ganze Bundesgebiet geltende Empfehlungen vor. Bis Ende Oktober waren rund die Hälfte der 530 Gruppen wieder im ehrenamtlichen im Besuchsdienst aktiv. Angesichts des erneut drohenden Ausschlusses infolge der jüngsten Beschlüsse zur Begrenzung des Ansteckungsrisikos appellierte die eKH an die Abgeordneten des Bundestages darauf hinzuwirken, dass Menschen, die unsere solidarische Zuwendung und Unterstützung benötigen, nicht erneut zu Opfern der Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie werden.

Für die eKH waren zu Beginn des Jahres 2020 bundesweit rund 8.000 Grüne Damen und Herren in 530 Krankenhäusern und Alten- und Pflegeheimen tätig.

Weitere Informationen zum ehrenamtlichen Besuchsdienst der Grünen Damen und Herren finden Sie auf der Webseite unter www.ekh-deutschland.de

Ihre Ansprechpartnerin in der eKH-Deutschland:

Käte Roos, Bundesvorsitzende

Telefon 030-25 76 17 95

Mail roos@ekh-deutschland.de